

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins: Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamstr. 27.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Feilzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungwechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts **vorher** Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine **vorgedruckte Fragekarte zu benutzen**, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten **sofort** zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungs-Auszahler haben **alle** statutarischen **Unterstützungen**, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der Auskunfts- und der Reisekarte usw. keine Unterstützungen auszusuchen.

Es wird dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung von Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung, Arbeitsvermittlung usw. nur während

der im Adressen-Verzeichnis angegebenen Zeit durch die dort verzeichneten Kollegen erfolgen darf. **Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungsmitglieder in den Geschäften ist unbedingt zu unterlassen.**

Der Hauptvorstand.

Achtung

Chemigraphen-Bewegung!

Bei Engagements sind unbedingt über alle chemigraphischen Anstalten Berlins auch von Lithographen Erkundigungen einzuziehen.

Lohnbewegungen.

Düren. Die Firma Schleicher & Schüll verkürzte die Arbeitszeit für die 10 bei ihr beschäftigten Steindrucker von 9 1/2 auf 9 Stunden. Die übrigen allgemeinen üblichen Bedingungen für Steindrucker bestehen bereits.

Gesperrt.

Stellungsausschreibung in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.
Firma Angerer (für Kupferdrucker).
Berlin. Grack & Aron.
Eitville. Firma Fischer & Co.
Köln a. Rh. Witte & Co.

Für Chemigraphen:

Berlin. Baudouin; Cleppin & Geldermann; Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Grützmacher; Paul Schabl, Illustrations-Zentrale; Thebran & Kraushaar.
Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter.
Dresden. Mittelbach; C. Schemmel.
Dresden. Die Firma Stengel & Co. lehnte die Anerkennung des Tarifs ab und ist daher gesperrt.
Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert
Stuttgart. Gebr. Rößle.

Im Ausland:

Dänemark. Firma Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Bülowvej.
Oesterreich: Triest.

Schiedsspruch.

Zur Schlichtung der zwischen dem Lithographen Willy Bukan und dem Stuttgarter Vorstand vorliegenden Streitfrage, in welcher die letzte Erklärung des Bukan in No. 49 der »Graph. Pr.« vom 4. Dezember 1908 zu finden ist, setzte der Hauptvorstand in Dresden, wo sich Bukan damals befand, ein Schiedsgericht ein. An den Verhandlungen nahm Bukan persönlich teil, während der Stuttgarter Vorstand seinen Standpunkt schriftlich begründete. Die eingehenden Untersuchungen haben die völlige Schuld des Bukan ergeben. Das Schiedsgericht gab daher dem Stuttgarter Vorstand in allen Punkten recht.

In Anbetracht dessen, daß diese Streitfrage zu wiederholten Veröffentlichungen im Anzeigenteil der »Graph. Presse« führte, geben wir diesen Schiedsspruch hierdurch bekannt.

Der Hauptvorstand.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Folgen der deutschen Zollpolitik. Rundschau. Generalversammlungen und Kongresse. Politische Monatschau. »Recht auf Arbeit.« Sollen die Gewerkschaften eingetragene Vereine werden? Briefkasten. — **Allgemeines:** »Graphik geht nicht.« Brief aus Eitville. Ortsberichte: Nerchau, Schlettau. — **Der Lithograph:** Aus den Sektionen: Leipzig. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Leipzig (Lichtdr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Eine Werbeschrift für Photographen. — **Die Tapetenbranche:** Abschlagslohn im Formstechergewerbe. Aus den Sektionen: Borsdorf, Coswig. — **Feuilleton:** Die Weltanschauung des »dritten Reiches.« Eingänge. — **Anzeigen.**

Die Folgen der deutschen Zollpolitik.

Im Jahre 1910 findet in Brüssel eine Weltausstellung statt, an der sich auch das graphische Gewerbe Deutschlands beteiligen soll. Zur Aussprache über die Beschickung der Ausstellung hat nun auf Einladung des Deutschen Buchgewerbevereins am 23. Januar im Leipziger Buchgewerbehaus eine Zusammenkunft von Vertretern der verschiedenen graphischen Gewerbebezüge stattgefunden, an der auch Reichskommissar Geheimrat Alberti und vom deutschen Ausstellungskomitee Geheimrat Ravené teilgenommen haben. Ersterer warb nach der »Papierzeitung« für die Beteiligung an der Ausstellung durch folgende Ausführungen:

Nachdem das Deutsche Reich sich entschlossen hat, sich an der Brüsseler Ausstellung zu beteiligen, müsse man alles aufbieten, damit das Deutsche Reich gut vertreten sei. Das Interesse für die Brüsseler Ausstellung in Deutschland sei trotz der vor kurzem noch vorhandenen Ausstellungsmüdigkeit lebhaft. Dies sei begreiflich im Hinblick auf die Bedeutung des belgischen Marktes für die deutsche Industrie. Belgien sei zwar ein kleines Land, aber die belgische Einfuhr ist von 1897 bis 1906 von

1 1/2 Milliarden auf 2,7 Milliarden gestiegen. Belgiens Bevölkerungsdichtigkeit (227 Personen auf den qkm) übertriffe selbst Deutschlands dichtestes Bevölkerungsgebiet. Auf der letzten Pariser Weitausstellung habe vor allem ein Kampf um Rußland als Absatzgebiet stattgefunden, in St. Louis um den Absatz nach Mittel- und Südamerika. Bei der Brüsseler Ausstellung handle es sich nicht nur darum, nach Belgien Absatz zu gewinnen, sondern ihn auch nach Frankreich zu erweitern und nach Großbritannien zu erhalten. Frankreich werde in Brüssel mit großer Machtentfaltung auftreten. Deutschland werde auf der Brüsseler Ausstellung nicht belgische Hallen mieten, sondern eigene Hallen errichten und die Baukosten dafür von den verschiedenen vertretenen Industrien einzuziehen. Die deutsche Ausstellung solle ein einheitliches geschlossenes Bild bieten, dann wird sie des Erfolges sicher sein. Dazu gehöre aber auch, daß das graphische Gewerbe sich an der Ausstellung beteilige.

Der Gedanke, durch eine gutbesockte Ausstellung im friedlichen Wettkampf der Völker der deutschen Industrie neue Absatzgebiete zu erwerben, mag ja ganz gut und schön sein. Wir fürchten nur, daß die bestbesockte Weltausstellung die schweren Schädigungen nicht wieder gut machen kann, die die deutsche Zoll- und Handelsvertragspolitik der deutschen Industrie schlägt. Die Zollschranken, die Deutschland angeblich zum Schutz der einheimischen Industrie gegen ausländische Waren errichtete, lösen naturnotwendig im Auslande die gleichen Maßnahmen gegen deutsche Erzeugnisse aus. Den besten Beweis liefern die Zollrevisionen in Amerika, durch die besonders unser Gewerbe, für dessen Produkte eine Zollerhöhung von 7 1/2 Prozent geplant ist, schwer in Mitleidenschaft gezogen werden wird; der amerikanische Markt würde der graphischen Industrie, wenn die

Zollerhöhung Tatsache wird, fast gänzlich verloren gehen.

Die Sünden der deutschen Zollpolitik werden nachgerade auch von den Unternehmern erkannt. Betonte doch seinerzeit der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer in seinem Jahresbericht, daß sich die geschäftliche Lage im graphischen Gewerbe voraussichtlich noch weiter verschlechtern werde. *Die Ursache des Notstandes sei hauptsächlich in den für das Gewerbe außerordentlich ungünstigen Handelsverträgen (einer Folge der deutschen Zollpolitik) zu suchen.*

In derselben Richtung wie diese Ausführungen bewegten sich auch die Erklärungen des Vorsitzenden des Fachverbandes deutscher Steindruckereibesitzer Löwenheim auf der Ausstellungenkonferenz. Er gab bekannt, daß er eine Rundfrage erlassen habe, welche Betriebe sich beteiligen würden. Sie habe leider ein schlechtes Ergebnis gehabt. Die Hälfte der Steindruckereivereine habe nicht geantwortet, die andere Hälfte habe, mit Ausnahme von 15 Firmen, sich völlig ablehnend verhalten. Nur 5 Firmen gaben zustimmende Antworten. Somit könne auf eine nennenswerte Beteiligung der Steindruckereien nicht gerechnet werden.

Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden des Deutschen Buchgewerbevereins Dr. Volkmann, sich durch dieses Ergebnis nicht abschrecken zu lassen, da es viele Firmen gebe, die später doch mitmachen, und auf das Zureden des Regierungskommissars Alberti, der die Notwendigkeit zahlreicher Beteiligung nochmals mit der Begründung hervorhob, es handle sich um ein Duell mit Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete, antwortete Löwenheim mit der Bekanntgabe einzelner Ablehnungsschreiben aus Steindruckereibetrieben. In diesem wird bittere Klage geführt über die außerordentlich hohen Einfuhrzölle in Oesterreich und anderen Ländern,

so daß an eine Vergrößerung des Absatzgebietes kaum gedacht werden könne. Wenn es mit den Zöllen so weiter gehe, werde es immer schwieriger, unsere Stellung auf dem Weltmarkte zu behaupten.

Das sind Tatsachen, auf die die Arbeiterpresse schon immer hingewiesen hat. Einzig und allein die Arbeitervertreter im deutschen Reichstage waren es, die sich mit aller Kraft gegen die deutsche Zollpolitik gewendet haben, und zwar nicht zuletzt mit dem Hinweis darauf, daß sie gleiche Maßnahmen im Ausland zur Folge haben müsse, die für die deutsche Industrie vernichtend sein würden. Die Warner wurden damals von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags unter Bruch der Geschäftsordnung einfach vergewaltigt und mundtot gemacht. Jetzt zeigt es sich, wie recht die Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament hatten. Jetzt machen sich die Folgen bemerkbar, über die man sich von vornherein hätte klar sein sollen. Jetzt erhöht auch das Ausland seine Zollschränken immer mehr und beschränkt dadurch den deutschen Waren ein Absatzgebiet nach dem andern in genau derselben Weise, wie es Deutschland früher den ausländischen Erzeugnissen gegenüber getan hat. Und wo Deutschland die Suppe auslöffeln soll, die es sich selbst einbrockte, heulmeiert das Bürgertum über das böse Ausland, das doch nur mit gleicher Münze heimzahlt, was Deutschland ihm getan hat. Das deutsche Bürgertum hat kein Recht zu dieser Entrüstung, denn es ist mit-schuldig an der deutschen Zollpolitik und hat sich daher deren Folgen selbst mit zuzuschreiben.

Wenn das Bürgertum diese Folgen allein zu tragen hätte, brauchte die Arbeiterpresse kein Wort darüber verlieren; es hätte sie redlich verdient. Aber sie treffen leider die Arbeiterschaft, die daran nicht nur völlig schuldlos ist, sondern die sich stets mit Händen und Füßen gegen die offizielle deutsche Zollpolitik wehrte, am allerschwersten. Die Lage unseres Gewerbes liefert den besten Beweis dafür. Sie wird sich noch in erschreckender Weise verschlimmern, wenn die amerikanische Zollrevision tatsächlich zu einer Erhöhung der Zollsätze auf die Erzeugnisse des graphischen Gewerbes führen sollte.

Aber der Herr Reichskommissar hat ja bei der Ausstellungskonferenz die von Löwenheim verlesenen Schriftstücke eingefordert und tröstend bemerkt, er wolle sie an das Reichsamt des Innern weitergeben, daß sie bei der Neugestaltung der Handelsverträge verwenden könne. Ob dieses Versprechens wird natürlich große Freude sein im Lager unserer Unternehmer; vielleicht erklären sie sich daraufhin auch sofort zu einer stärkeren Beteiligung an der Ausstellung bereit, womit es seinen Zweck erfüllt hätte.

Die Arbeiterschaft ist weniger optimistisch. Sie kennt den wahren Wert solcher Zusicherungen zur Genuge und weiß, daß sich alte Sünden nicht mit einem Schläge beim Abschluß neuer Verträge wieder gut machen lassen. Als wirksamstes Mittel, mit derartigen Zuständen aufzuräumen, betrachtet sie einzig und allein die Stärkung ihrer Macht. Bei späteren Wahlen wird sie das Volk, das leider so schnell vergißt, was man ihm angetan hat, an all die Sünden erinnern, die die Regierung unter Assistenz der bürgerlichen Parteien gegen die Volksinteressen begangen hat. Die Arbeiterklasse wird durch rege Organisations- und Agitationsarbeit und durch rastlose Aufklärung der breiten Volksmassen dafür sorgen, daß die Zahl der Männer, denen die Wahrung der Volksinteressen heilig ist, im Parlamente immer größer wird. Eine starke Arbeitervertretung im deutschen Reichstage ist die einzige Gewähr dafür, daß solche Attentate, wie sie bisher gegen die Interessen des Volks ausgeführt werden konnten, ein für allemal ausgeschlossen sind.

Rundschau.

Die gelben Arbeitervereine wurden unlängst in der von dem bürgerlichen Sozialreformer

Prof. Franke herausgegebenen »Sozialen Praxis« wie folgt charakterisiert: »Die »Gelben« in Deutschland hoffen während der wirtschaftlichen Niedergangszeit und der Uebersättigung des Arbeitsmarktes im trüben fischen zu können, und rufen die Arbeitgeber an, die »günstige Gelegenheit« zu benützen, um den Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft ihren Arbeitern gegenüber zum Ausdruck zu bringen« oder, mit deutlicheren Worten: »die jetzt noch überall stiefmütterlich behandelten vaterländisch gesinnten Arbeiter... nicht zu entlassen, sondern dem bisherigen Betriebe zu erhalten...« Ueber das Verhältnis der »Vaterländischen« zu den »Gelben« heißt es: »... sie (nämlich die »Vaterländischen«) sind etwas, was sie selbst anscheinend nicht für empfehlenswert ansehen, eine Arbeiterorganisation im Solde des Unternehmertums, eine bezahlte Arbeiterschuttruppe; das aber ist, kurz gesagt, Wesen und Zweck einer gelben Organisation.« Und abschließend bemerkt die »Soziale Praxis«: »Ihre (der Gelben) Programme fließen über von schönen Worten für die Arbeiter, die aus der Knechtschaft der Sozialdemokratie zur wahren Selbstbestimmung, zu Freiheit und glücklicher sozialer Harmonie geführt werden sollen. In Wahrheit aber ist die gelbe Arbeiterorganisation heute, soweit nicht parteipolitische Motive sie beherrschen, eine Kombination von Arbeitgeberinteressen mit der Geschäftsmache von Leuten, die bei dieser neuesten Modespekulation auf die kurzfristige Unsolidarität der Arbeiter für ihre ehrenwerte Person möglichst viel heraus schlagen wollen.« So werden die gelben Zersplitterer der Arbeiterbewegung auch von den bürgerlichen Gegnern immer mehr so eingeschätzt, wie sie durchaus verdienen. Und so ist schließlich zu hoffen, daß die Gelben auch bei allen Arbeitern jeglichen Anhang verlieren.

Eine Zentralstelle für liberale Sozialpolitik wollen Angehörige der vier »liberalen« Fraktion, unter ihnen Dr. Pachnicke, Dr. Mugdan und andere Scharfmacher, in Gemeinschaft mit »führenden Personen der liberalen Arbeiterbewegung« begründen. Was das für ein Ding werden wird, hat ein Mitglied der demokratischen Vereinigung treffend charakterisiert. Der Herr lehnte eine Auforderung zur Unterstützung der Zentralstelle durch folgendes Schreiben ab: »Geehrter Herr Erkelenz! Auf das gefl. Schreiben vom 28. Dezember erwidere ich Ihnen höflichst, daß ich es ablehnen muß, mich in irgend einer Weise an der geplanten Zentralstelle zu beteiligen. Von den sämtlichen Unterzeichnern des Aufrufes flößen nur Sie und Herr Hartmann mir soviel Vertrauen ein, daß ich allenfalls mit Ihnen beiden zusammen operieren möchte, alle übrigen geben mir die Gewähr, daß das, was geboten wird, nicht Fisch noch Fleisch ist, sondern höchstens Wassersuppe mit einigen Margarineaugen. Je eher der Blockliberalismus jeden Boden in der Arbeiterschaft verliert, desto besser für diese und damit für das deutsche Volk. Ich stelle Ihnen anheim, von dieser meiner Antwort jeden Ihnen beliebigen Gebrauch zu machen.«

Die Gründung einer politischen Arbeitgeberorganisation wurde, wie der »Korrespondent« berichtet in der Ausschusssitzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände am 16. Januar in Berlin eingehend erörtert. Es gelte, den wirtschaftspolitischen Assoziationen, welche sich auf die Devisen: »Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins«, »Christliche Gewerkschaften und Zentrum sind eins«, »Hirsch-Dunkersche Gewerkschaften und Freisinn sind eins«, und »evangelische, vaterländische, nationale Arbeitervereine und Liberalismus und Konservatismus sind eins«, stützen können, eine Gegenpartei zu bieten. Denn das wirtschaftliche Berufsinteresse sei für alle politischen Bestrebungen Deutschlands maßgebend geworden. Unter solchen Umständen sei daher eine zentralistische politische Organisation des Unternehmertums der einzig mögliche Ausweg, um den gegenwärtig immer schärfer werdenden allseitigen Kampf gegen das Unternehmertum, wie er sich speziell aus der sympathischen Stellungnahme aller politischen bürgerlichen Parteien zum Arbeitskammergesetzentwurf erkennen lasse, erfolgreich zurückweisen zu können. Eine solche Zentralorganisation der Unternehmer soll in drei Gruppen gegliedert sein. Diese sind: 1. die Gruppe der wirtschaftlichen Verbände; 2. die Gruppe der Arbeitgeberverbände und 3. die Gruppe der politischen Verbände. Alle drei Gruppen müßten sich natürlich ergänzen und unterstützen. Ob diese Erörterung zu sofortiger praktischer Festlegung geführt hat, entzieht sich vorläufig noch unser Kenntnis, aber bezeichnend ist es, wie schnell und gründlich von Scharfmacherseite der von dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg empfundene Mangel einer reinen politischen Arbeitgeberpartei beseitigt werden soll.

Interessante Gewerbegerichtswahlen fanden kürzlich in Saalfeld statt. Dort sollte zum ersten Male das Verhältniswahlssystem Anwendung finden. Da aber die »Reichstreuen« eine eigene Wahlliste nicht zusammenbrachten, so blieb nur die Liste des Gewerkschaftskartells übrig, die wahllos zum Siege gelangte. Unter den Gewählten befinden sich auch zwei Kollegen. — Bei den Arbeitgeberwahlen erlangte die Liste des Kartells 574 von 2234 Stimmen und dadurch 5 von 18 Vertretern. Der Oberchef der Firma Schlick & Schmidt, Herr Gustav Schmidt, fiel dabei glänzend durch.

Zum Gemeinderatsmitglied in seinem Wohnort Pankow bei Berlin wurde kürzlich unser Kollege Max Obier gewählt.

Der Stand der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1908 wird in einem vorläufigen Bericht der Gewerkschaftskommission von Oesterreich behandelt. Darnach hat die niedergehende Konjunktur auch den österreichischen Gewerkschaften große finanzielle Belastungen aufgebürdet, ein wesentlicher Rückgang von Mitgliedern ist jedoch nicht zu verzeichnen gewesen. Der Verlust an Mitgliedern infolge der Arbeitslosigkeit wird auf 25 000 geschätzt. Diesem stehen aber 17 000 Neuaufnahmen gegenüber, so daß der Verlust nur 8 000 Mitglieder betragen dürfte. An Arbeitslosenunterstützung zahlten die österreichischen Gewerkschaften rund 2 Millionen Kronen. Es ist das 1/3 Million mehr als im Jahre 1907 ausgegeben wurde.

Der österreichische Senefelderbund blickt nach dem Bericht der Gewerkschaftskommission abermals auf ein erfolgreiches Vereinsjahr zurück und schließt trotz der schlechten Geschäftskonjunktur, welche sich erst in letzter Zeit etwas besserte, bei 151 701,83 Kronen Einnahmen und 137 491,29 Kronen Ausgaben mit einem Ueberschuß von 14 210,54 Kronen für das Jahr 1908 ab. Der Vermögensbestand beträgt derzeit ohne den außerordentlichen Unterstützungsfonds 238 544,28 Kronen und ist teils bar, teils pupillarsicheren Wertpapieren fruchtbringend angelegt. Auf dem organisatorisch wirtschaftlichen Gebiete sind die Tarifabschlüsse in Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu erwähnen, wo in den Betrieben die Arbeitszeit der qualifizierten Arbeiter, sowie Hilfsarbeiter auf 8 Stunden, für Lithographen 8 1/2 Stunden, für das übrige Personal festgesetzt wurde. Auch alle übrigen Errungenschaften als Löhne, Ueberstunden, Feiertage, Kündigung, Urlaub, Lehrlingskala, Anerkennung der Organisation sind der modernen Gewerkschaftsbewegung vollkommen entsprechend. Die Gültigkeit der Tarife beträgt 3 Jahre. Eine weitere Aktion war die Errichtung einer neuen Mitgliederkasse für alle in den Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, wozu es bereits gelungen ist, zwei Drittel dieser Branchenkatégorie der Organisation zuzuführen. Zurzeit befindet sich die Organisation in einer Tarifbewegung für alle Kollegen und Kolleginnen in Wien. Der Mitgliederbestand beträgt 1830 Mitglieder 1. Klasse und 1100 Mitglieder 2. Klasse.

Arbeitslosenstreik. In Amsterdam sollten etwa 100 Arbeitslose bei Erdarbeiten für achtstündige Arbeitszeit nur 1,25 Gulden erhalten. Ein Vermittlungsvorschlag der Gewerkschaften auf Herabsetzung der Arbeitszeit, um die Forderung des Mindestlohns von 25 Cent für die Arbeitsstunde zu erfüllen, wurde abgelehnt, worauf es bei diesen Notstandsarbeiten zur Arbeitsniederlegung kam. Offenbar sollten die Arbeitslosen mit jedem Lohne zufrieden sein, wenn ihnen aus Mildtätigkeit ein Brocken Arbeit überwiesen wird.

Der 8. Meisterkurs für Photographen, den die Münchener Lehranstalt für Photographie usw. veranstaltet, findet voraussichtlich wieder in 2 Abteilungen, und zwar vom 1. bis 10. und vom 15. bis 24. April 1909 statt. Das ausführliche Programm dieses Meisterkurses samt dem Lehrplan wird von der Kanzlei der Anstalt kostenlos abgegeben. Bisher nahmen an den Meisterkursen 385 Personen teil. — Die Anstalt, die seit ihrem Bestehen in einem provisorischen Gebäude an der Rennbahnstr. 11 untergebracht war, wird in diesem Jahre ein neues Heim beziehen. Der Magistrat der Stadt München beschloß, der Anstalt das städtische Gebäude Bismarckstr. 9 einzuräumen.

»Arbeiter-Jugend«. Die erste Nummer des für die arbeitende Jugend herausgegebenen Jugendorgans ist soeben erschienen und wird in einer Massenaufgabe von 250 000 Exemplaren unter der arbeitenden Jugend Deutschlands verbreitet. Aus dem Inhalt der Nummer hervor: An die arbeitende Jugend. — Die Vorläufer der »Arbeiter-Jugend«. I. »Die junge Garde«. Von Ludwig Frank. — Was heißt Sozialismus. Von Hermann Duncker. — Jugend und Bildung. Von Heinrich Schulz. — Ferdinand Lassalle. Von F. Mehring. — Die Gewerkschaft und die arbeitende Jugend. Von Robert Schmidt. — Gewerkschaftliche Bewegung W. J. — Aus der Politik. — Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: An die Jugend. (Oedich). Von Otto Krille. — Wie ich meinen besten Freund verlor. Eine Erzählung. — Die Entwicklungslehre und ihre Bedeutung. Von M. H. Baega. — Bücher für die Jugend usw. — Wir bitten unsere Kollegen, für die Verbreitung dieser guten, lehrreichen und dabei sehr billigen (vierteljährlich 50 Pf. kostenden) Jugendzeitschrift, die alle 14 Tage erscheint, unter den Lehrlingen unseres Berufs regen wirken zu wollen.

Generalversammlungen und Kongresse.

Eine Konferenz der Vereine der Hausangestellten war durch die Generalkommission für den 17. Januar nach Berlin einberufen worden. Sie beschloß nach dem einleitenden Referat des Genossen Bauer, der hervorhob, daß Ende 1908 18 lokale Vereine mit 5711 Mitgliedern vorhanden waren, ohne Diskussion einstimmig die Gründung

eines Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands mit dem Sitz in Berlin. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf., der monatliche Beitrag 40 Pf. Nach einjähriger Mitgliedschaft wird von der zweiten Krankheitswoche an ein Krankengeld von 3 Mk., nach zweijähriger Mitgliedschaft von 3,50 Mk. auf die Dauer von 6 Wochen gezahlt. Rechtsschutz wird schon nach 3 Monaten Mitgliedschaft gewährt. Ebenso soll dem Stellennachweis weitgehende Beachtung gewidmet werden. Die bisher vom Berliner Verein herausgegebene »Monatsschrift« wird zum Zentralorgan gewählt und den Mitgliedern kostenfrei geliefert. Vorsitzende des Verbandes, der am 1. April zu wirken beginnt, ist Genossin Ida Baar. Zum Schluß wurde unter Zustimmung der Konferenz darauf hingewiesen, daß die Mitwirkung der Gewerkschaftskartelle für die neue Organisation dringend notwendig und daß es wünschenswert sei, seitens der Kartelle Einrichtungen zu schaffen und stellenlosen und reisenden Mädchen Unterkunft zu gewähren.

Ein Kongreß belgischer Gewerkschaften, die der belgischen Generalkommission noch nicht angeschlossen sind, fand Anfang Januar in Brüssel statt. Es handelt sich meist um lokale Gruppen, die auch den Zentralverbänden ihres Berufes fernstehen. Zu ihnen gehören u. a. fast alle Antwerpener Gewerkschaften, wie die Diamantarbeiter, die Hafnarbeiter, ferner auch die verschiedenen Syndikate der Textilindustrie von Verviers. Der Kongreß äußerte seine Meinung dahin, daß die Zentralverbände die lokalen Gruppen dann aufzunehmen haben, wenn sie das Programm der Generalkommission anerkennen; die Frage des Anschlusses an die sozialistische Partei soll eine lokale Angelegenheit der Sektionen bleiben. Das letztere bildet nämlich der Sektionen die meisten der Anstöße. Die belgischen freien Gewerkschaften sind eng verbunden mit der Partei, bilden einen Bestandteil derselben. Das wird von einzelnen Gruppen als Grund für ihr Fernhalten angegeben. Ueber den obigen Beschluß wird ein Gewerkschaftskongreß zu entscheiden haben.

Der 28. Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften, die in der »American Federation of Labor« vereinigt sind, tagte vom 8. bis 21. November 1908 in Denver, Colorado. Die Mitgliederzahl der Federation beträgt 1,586,885 gegen das Vorjahr ein Zuwachs von 47,915. Trotz dieser Steigerung ist die Zahl von 1904, die 1,676,200 betrug, noch nicht wieder erreicht. Die Hoffnungen der Klassenbewußten Arbeiterschaft begleiteten die Delegierten nach Denver. Da der Kongreß einige Tage nach den allgemeinen Wahlen zusammentrat, die für die Politik der »Federation of Labor« ein Waterloo bedeuteten, erwartete man, daß endlich der Unionswagen aus dem harmonieduseligen, bürgerlichen Treibsand heraus auf eine solidere Basis gesetzt werden würde. Diese Hoffnung hat sich aber leider auch dieses Mal nicht erfüllt. Der Korrespondent der »Metallarbeiterzeitung« schreibt dazu: »Nichts von alledem. Statt dessen Toaste, die einem Verein für gegenseitige Bewunderung Ehre machen können, brüderliche Anbiederung allenthalben und verblüffende Unbeholfenheit und klägliche Ignoranz gegenüber den proletarischen Lebensfragen. Viel wurde über die menschliche Freiheit und Herrlichkeit in diesem herrlichen Lande gesprochen. Natürlich alles abstrakt. Die wirtschaftliche Krise wird in dem Bericht des Präsidenten mit dem Satze überwunden: »In unserem Lande sollte das Anwachsen und die Erhaltung einer permanenten Armee von Arbeitslosen nicht erlaubt sein.« Der Tiefpunkt dieser Phrase zeigt die geistige Größe unseres »größten Arbeiterführers der ganzen Welt.« So hilflos und ignorant der Bericht gegenüber dem wirtschaftlichen Problem, so vage waren die Debatten des Kongresses. Kein Ziel wurde gesucht, keine Aktion vorgezeichnet, kein Beschluß gefaßt, der von Einsicht, Energie oder Klassenbewußtsein zeugte hätte. Dafür wurde aber mit ungeteiltem Eifer und konzentrierter Beharrlichkeit der Born angebohrt, der, wie die Erfahrung lehrt, unerschöpflich ist in seinem Stoff für Debatten: Die Jurisdiktion (Zünftleien, Grenzstreitigkeiten usw.). Weltaus die beste Zeit der vierzehntägigen Verhandlungen wurde ausgefüllt mit Streitigkeiten über Fragen, welchem Beruf die Verrichtung einer Arbeit »rechtmäßig« gehört. Zum Beispiel, ob die Maschinerie an einem Aufzug von den Maschinenschlossern oder den Aufzugmonteuren repariert werden darf.« Auf einem gleich tiefen Niveau standen die ganzen übrigen Debatten, so daß es sich nicht verlohnt, näher auf sie einzugehen. Sie bewiesen, daß die »American Federation of Labor« durch die Verknüpfung jedes Klassenkampfstandpunktes zur Karrikatur einer gewerkschaftlichen Kampfgewerkschaft geworden ist.

Politische Monatschau.

Das Jahr 1909 begann mit einer neuen Haupterhebung des persönlichen Regiments in Deutschland, von dem unverbesserliche liberale Optimisten angenommen hatten, daß es an seiner unsterblichen Blamage vom Ende des Jahres 1908 ganz von selbst zugrunde gegangen sei. Der Kaiser, der sich selbst überwunden haben sollte, überraschte die Welt am Neujahrstage wiederum durch eine Ansprache, die er seinen Generalen hielt. Sie übertrifft womöglich noch die Geschicklichkeit und den

Takt des berühmten Interviews in der Behandlung der auswärtigen Politik, stellt den Kanzler, den das Bürgertum noch kurz vorher als den starken Ueberwinder des persönlichen Regiments feierte, vollständig bloß und brüskiert das deutsche Volk aufs schwerste. Wilhelm II. appellierte an das Vertrauen der Generale, und der rangälteste General erfüllte seinen Wunsch. Der Kaiser pochte dem Kanzler gegenüber auf seine Macht als oberster Kriegsherr; er stützte das persönliche Regiment auf die Bajonette der Soldaten und spielte damit die Armee gegen das Volk aus, das sich auf seine Würde besonnen und die Ausschaltung jeder persönlichen Regiererei mit aller Energie gefordert hatte.

Natürlich hat das Bürgertum diesen Vorgängen gegenüber wieder einmal vollständig versagt. Die bürgerliche Presse war entrüstet — aber nicht über die kaiserliche Ansprache mit all ihren Konsequenzen! Sie ereiferte sich in sitzlicher Entrüstung über die Indiskretion, durch die die Neujahrrede an die Öffentlichkeit gekommen sein soll. Als ob die Wirkung solcher Vorgänge und Ausflüsse des Selbstherrschertums nicht noch verhängnisvoller würde, wenn sie nicht ans Licht der Öffentlichkeit kämen! Die bürgerlichen »Sachwalter des Volks« haben durch ihre schwache Haltung, die dem berühmten »Mannesstolz vor Königsthronen«, dessen sie sich so gerne rühmen, als eine hohle Phrase erscheinen läßt, die Volksinteressen wieder einmal feige verraten. Die einzige wahre Vertretung des Volkswillens liegt in der Arbeiterpresse, bei den Arbeitervertretern in den Parlamenten! Hier wurde das Kind beim rechten Namen genannt, hier wird machtvoll für demokratische Garantien und Institutionen gekämpft und das persönliche Regiment als das bezeichnet, was es ist: eine ständige Gefahr für Deutschland und den allgemeinen Völkerfrieden.

Und Bülow? Er ist der Bloßgestellte, und er sollte allen dankbar sein, die den Kanzler aus einer Strohpyramide zu einer Persönlichkeit machen wollen. Statt dessen sucht er sich mit den unwürdigsten Mitteln wieder bei den vollen anzugliedern, die die Auffassung Wilhelm II. vollständig teilen — bei der kleinen, aber mächtigen Privilegiertenkaste der Krant- und Schlotjunker, durch die er die kaiserliche Huld und Gnade wiederzuerlangen hofft. Und deshalb operiert er mit der Verheißung von Ausnahmegesetzen gegen die einzigen entschiedenen Bekämpfer des persönlichen Regiments, d. h. also gegen die Sozialdemokratie. In der preussischen Junkerkammer empfahl er sich als »starker Mann« und verkündete: »Es ist wohl möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten.« Daß er nicht schon jetzt mit Ausnahmegesetzen kommt, entschuldigte er mit der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien, in denen eine sichere Mehrheit für ein neues Sozialistengesetz noch nicht zu finden ist. Daher ermahnte er das Bürgertum zur Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie.

So suchte sich der kleine Gernegroß gegen das persönliche Regiment zu wehren, so suchte er der gegnerischen Hofkamarilla das Wasser abzugraben, so suchte er den Fußtritt, den er eher oder später zum Abschied bekommen wird, noch einige Zeit hinauszuschieben. Und doch beweist er damit nur, daß ihm das Wasser bis zum Halse geht. Durch das Ausspielen seines letzten Trumpfes kann er seinen Untergang ebensowenig aufhalten, wie er die Arbeiterbewegung in ihrem Siegeszuge aufhalten kann. Sie würde über ihn noch viel glatter hinwegschreiten, wie sie über seinen Vorgänger Bismarck, der sie auch durch Ausnahmegesetze vernichtet zu haben glaubte, hinweggeschritten ist. Bülow wird ja auch von denen, um deren Gunst er warb, nicht mehr ernst genommen. In aller Augen ist er nichts anderes mehr als eine komische Figur.

Bezeichnend ist es nur, daß weder die liberalen Parteien noch das Zentrum eine angemessene Antwort auf Bülows Aufruf zum Staatsstreich fanden. Sie bewiesen damit ebenfalls, daß sie aus lauter entwürdigender Liebbedienerei gegenüber den Junkern die Volksinteressen mit Füßen treten. Sie zeigen der Arbeiterschaft klar und deutlich, daß sie verlassen ist, wenn sie sich auf diese Parteien verlassen will. Dadurch wird in den indifferenten Arbeitermassen Klarheit geschaffen, was dem Klassenbewußten Proletariat nur angenehm sein kann.

Man sollte allerdings meinen, daß diese Klarheit schon lange vorhanden sein müßte, denn die Versündigungen der bürgerlichen Parteien gegen die Volksinteressen schreien nachgerade zum Himmel. Einige ungeheuerliche Fälle passierten auch im vergangenen Monat: der Wahlrechtsraub in Rixdorf bei Berlin, der mit Hilfe der freisinnigen Stadtverordneten zustande kam, und der Versuch im preussischen Dreiklassenparlament, vier sozialdemokratische Mandate für ungültig zu erklären, weil der Berliner Magistrat bei der Aufstellung der Wählerlisten für alle Wähler mit weniger als 3000 Mk. die für das Jahr 1908 gezahlten Steuern zugrunde gelegt haben soll. Natürlich ist die Aufstellung der Wählerlisten für alle 12 Berliner Kreise nach dem gleichen Verfahren erfolgt. Wenn dieses unzulässig gewesen sein sollte, müßten also alle 12 Berliner Mandate für ungültig erklärt werden. Man griff aber nur vier sozialdemokratische Mandate heraus, deren Ungültigkeitserklärung namens der Wahlprüfungs-

kommission durch den Freisinnsmann Fischbeck »schweren Herzens« beantragt wurde, demselben Herrn Fischbeck, der während der Wahlzeit das Dezernat für Wahlsachen als Berliner Stadtrat eine zeitlang führte und der also für die Aufstellung der Wählerlisten mit verantwortlich ist. Ist diese falsch erfolgt, dann trägt Herr Fischbeck die Schuld. Das hinderte den Freisinn aber keineswegs, nur gegen die vier sozialdemokratischen Mandate zu protestieren und mit der weiteren Verfolgung des Protestes so lange zu warten, bis die Frist zu Protesten gegen die übrigen auf derselben Grundlage erfolgten Wahlen verstrichen war. Die Scham ist eben bei diesen »Liberalen« zu den Hunden entflohen.

Wollte das Volk bei dem Kampf um das freie Wahlrecht auf diesen Liberalismus bauen, dann wäre es verraten und verkauft, denn er bildet tatsächlich mit seinen konservativen Blockgenossen eine einheitsliche reaktionäre Masse. Er redet nur liberal, um Stimmen zu fangen, handelt aber konservativ. Das hat die Verhandlung über die Wahlrechtsreform im preussischen Abgeordnetenhaus erneut bewiesen, bei der der Freisinnsmann Wiemer der Regierung zwar zurief: »Mehr Dampf, Herr Minister!« — ohne daß jedoch der Freisinn es je gewagt hätte, dazu auch die Kessel einzubeizen. Und das Zentrum ist nicht besser. Es bemüht sich, wieder an die Regierungskrippe zu kommen, und dazu ist ihm jedes Mittel Recht. Es sucht den Freisinn auszutachen, indem es ihn in bezug auf Energieleistung in der Wahlrechtsfrage noch zu übertreffen sucht. Auch seine Sympathieerklärungen für ein freies Wahlrecht sind rein platonisch. Ernst zu machen getraut es sich ebensowenig wie der Freisinn.

Ernst könnte nur gemacht werden, wenn diejenigen Parteien, die vorgeben, Anhänger der Einführung des Reichstagswahlrechts für die Parlamente der Bundesstaaten zu sein, im Reichstage der Regierung jeden Pfennig neuer Steuern solange verweigerten, bis die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Einzelstaaten, besonders für den preussischen Landtag, nicht ein für allemal gesichert ist. Daran denkt aber weder der Freisinn noch das Zentrum, wodurch der Verrat dieser Parteien an den Volksinteressen klar erwiesen ist. Der Arbeiter, der noch für diese Parteien eintritt, macht sich zum Mitschuldigen ihrer Väterpolitik. Die einzige Partei, die für die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger eintritt, ist die Sozialdemokratie. Sie muß bei jeder Wahl durch die Arbeitermassen machtvoll unterstützt werden. Nur dadurch wird es möglich sein, in dem festesten Bollwerk der Reaktion, in dem größten deutschen Bundesstaate Preußen, das freie Wahlrecht zu erobern und damit dem Fortschritt in ganz Deutschland die Bahn frei zu machen. Nur durch die machtvolle Stärkung der Arbeiterpartei wird der Reaktion das Rückgrat gebrochen und das friedengefährdende Selbstherrschertum durch die Selbstregierung des Volks ersetzt werden können.

„Recht auf Arbeit.“

Die Tatsache, daß zu gewissen Zeiten Tausende und Abertausende von Menschen trotz eifrigsten Bemühens, trotz der größten Anstrengungen, deren der Selbsterhaltungstrieb fähig ist, keine Gelegenheit finden können, durch ihre Hände Arbeit sich einen Lebensunterhalt zu verschaffen, muß jedem aufmerksamen Beobachter und Kenner unseres modernen Wirtschaftslebens als eine furchtbare Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung erscheinen. Auch dem oberflächlich Urteilenden muß es sich als ein Widersinn dieser Gesellschaftsordnung offenbaren, daß ein strenger Winter schon genügt, um Hunderte von Menschen brotlos zu machen, und daß gar erst in der Zeit einer Wirtschaftskrise, wie gegenwärtig, der Notstand unter der Bevölkerung ganz allgemein ist. Gerade zu dieser Zeit, wo infolge der vorhergehenden lebhaften Geschäftstätigkeit und bei größter Anspannung der Produktion der Warenreichtum so groß ist, daß Böden, Speicher und Läger mit Waren überfüllt sind, gerade zu dieser Zeit herrscht unter der arbeitenden Bevölkerung der größte Mangel an Dingen, die zu des Leibes Nahrung und Notdurft unentbehrlich sind. Es sind ihrer Hunderte, ja Tausende, die infolge ihrer Mittellosigkeit und fehlenden Kaufkraft hungern und frieren unsere Straßen durchziehen, um Arbeit zu suchen, und dabei ist an Brennmaterial und an Nahrungsmitteln usw. der größte Ueberfluß.

Die Arbeitslosigkeit, obgleich der heutigen Gesellschaftsordnung eigen, ist freilich keine Erscheinung der neuen oder der neuesten Zeit; sie ist nur mit der Zeit an Umfang größer geworden und fängt an, für weite Kreise des Volkes verhängnisvoll zu werden, und das Mittel, wodurch nach der Meinung vieler der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung begegnet werden könnte, das »Recht auf Arbeit«, ist keineswegs eine Forderung unserer Tage.

Als im Schoße der Gesellschaft die privatkapitalistische Produktionsweise entstand und auf ihrem weiteren Wege Licht, Luft und alle Mittel zu ihrer Entfaltung benötigte, außer auf rein technischem Gebiete, z. B. durch die Erfindung und Nutzbarmachung der Dampfkraft, die revolutionierend wirkte und durch den Ausbruch der französischen Revo-

lution alle äußern Schranken niederriß, die sich ihr in den Weg stellten und nach der Meinung vieler damals ein Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entstehen müsse, trat bereits die Arbeitslosigkeit damals freilich mehr durch revolutionäre und kriegerische Ereignisse hervorgerufen, als Massenerscheinung auf. Erste Denker und mitfühlende Menschenfreunde fühlten sich bewegt, und missfällige Beachtung in hohem Maße zuzuwenden. Auch der französische Minister Turgot, der betreibt war, auf wirtschaftlichem Gebiete Reformen einzuführen, bekannte sich zu der Forderung von »Recht auf Arbeit.« In der Begründung einer seiner berühmten Dekrete sagte er, daß jeder die »Freiheit und das »Recht« haben müsse, sich seinen Unterhalt durch Arbeit zu verdienen, ungehindert durch Zufall und ähnliche Schranken. Nach dem Ausbruch der Revolution wurde die Idee des Rechts auf Arbeit lebhaft in der französischen Nationalversammlung besprochen, und zwar bei der Gelegenheit, wo die »furchtbare Plage der Massenarbeitslosigkeit« hervortrat. Die Nationalversammlung erließ eine Verordnung auf »Recht auf Arbeit.« Das war alles, was die Erwählten des französischen Volkes taten oder tun konnten. Ernsthafte Versuche, das, was in der Verordnung gefordert worden war, nun auch durchzuführen, wurden nicht unternommen.

Im Jahre 1797 zog Johann Gottlieb Fichte aus der Naturrechtslehre, die vertreten wurde durch Montesquieu, Morelly, Rousseau u. a., den Schluß, daß jedes Individuum einen Rechtsanspruch darauf habe, vom Staate lohnende Beschäftigung zu verlangen. Er gab damit den rechtsphilosophischen Begriff des Rechtes auf Arbeit in seiner weitesten Ausdehnung, der darauf hinausgeht, die ganze staatliche und wirtschaftliche Ordnung diesem Rechtsbegriffe entsprechend zu gestalten. Nach ihm, etwa 20 Jahre später, war es Charles Fourier (geb. 1772, gest. 1837), der die Idee und die Forderung in die entscheidende und propagandistisch wirksame Formel »Droit au travail« (»Recht auf Arbeit«) kleidete. Anknüpfend an die Untersuchungen Rousseaus, eines Vorläufers der französischen Revolution, sagt er in seinem im Jahre 1822 erschienenen Werke: »Theorie eines Rechtsstaates:« »Der Wilde hatte einstmals das Recht auf freies Fruchtbrechen, auf freie Weidenbenutzung für sein Vieh, freie Jagd, freien Fischfang, freie Verbindung mit seinesgleichen auf ein sorgenloses Dasein und auf freie Aneignung jedes beliebigen Genußmittels. Diese Rechte hat der Mensch in der heutigen Gesellschaft nicht mehr. Wodurch entschändigt ihn aber die Gesellschaft für solchen Verlust? Etwa dadurch, daß sie ihm die »Freiheit« gebracht hat, und daß sie ihm das »Glück« gewährleistet, in einem Verfassungsstaate zu leben? Solche Einfältigkeiten verdienen nicht einmal den Namen einer Illusion und können unmöglich einen modernen Lohnarbeiter befriedigen, der vor allen Dingen nach seinem Appetit essen will und sorglos leben möchte, wie der Wilde. Was gibt man also dem armen Arbeiter für die freie Jagd und den Fischfang, für die Früchte und die Viehherden? Das Glück unter einer Verfassung zu leben! Aber der Arme kann doch unmöglich die Verfassung lesen, anstatt zu Mittag zu essen! Es heißt ihn in seinem Elend noch obendrein verhöhnern, wenn man ihm eine solche Entschädigung anbietet!«

Bei seinen weiteren Untersuchungen auf diesem Gebiete kam Fourier zu der Forderung: das mindeste, was der Mensch von der heutigen Gesellschaft zu fordern habe, sei das Recht, seinen Hunger zu stillen. Da es aber dem Besitzlosen nur dann möglich ist, sich Nahrung zu verschaffen, wenn er zuvor durch Arbeit die Mittel hierzu erworben hat, so muß ihm die Gesellschaft eben die Möglichkeit und das Recht geben, daß er zu jeder Zeit passende Arbeitsgelegenheit findet, weil er anders nicht imstande ist, sein Leben zu fristen. »Infolgedessen«, sagt Fourier, »ist das Recht auf Arbeit das wichtigste und wesentlichste Menschenrecht.«

Wenn also bis dahin in der Theorie auf das »Recht auf Arbeit« hingewiesen wurde, so kam Zeit, wo es in die Praxis umgesetzt wurde. Das war zur Zeit der Revolutionsperiode von 1848 in Frankreich. Ein Schüler Fouriers, Victor Considérant, war es, der mit großer Entschiedenheit die Forderung des Rechts auf Arbeit in der Pariser Bevölkerung vertrat, worauf es dann Louis Blanc gelang, in der provisorischen Regierung ein Gesetz durchzubringen, das das Recht auf Arbeit ausdrücklich garantierte. Bevor er aber seinen Plan in den Grundzügen richtig ausarbeiten und vorlegen konnte, damit man nun mit dem »Recht auf Arbeit« eine Probe auf das Exempel machen könne, hatte bereits die Regierung, um sich den Anschein der Volksfreundlichkeit zu geben, im geheimen aber den Mißerfolg der ganzen Sache erwartend oder ihn gar wünschend, die vielerufenen Nationalwerkstätten errichtet und dadurch auch nach außen hin das »Recht auf Arbeit« anerkannt. Louis Blanc und seine Anhänger dachten sich aber die Durchführung des Rechts auf Arbeit auf Grund einer Organisation der Arbeit und nicht als eine bloße Arbeitslosenfürsorge. Davon wollte aber die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung nichts wissen. Die Bourgeoisie war daher eifrig bestrebt, die Nationalwerkstätten in Verruf zu bringen und ließ zu diesem Zwecke gegen dieses Institut alle Mienen springen. Die Männer der Bourgeoisie eiferten in Rede und Schrift gegen die Gefahr, die

aus der Anhäufung so vieler Arbeiter in Paris für die Sicherheit der Hauptstadt bestehe und sie suchten dadurch die Menge der Furchtsamen gegen die Nationalwerkstätten einzunehmen. Der Präsident Causidiere erklärte auf der Tribüne: Man habe 100 000 Arbeiter zuviel in Paris, die einen Klub der Verzweifelten bildeten, ein Geschwür, das bald platzen werde, und am 5. Juni kam es zu dem Beschlusse, 7000 Arbeiter der Nationalwerkstätten aus Paris zu entfernen. Wie zu erwarten war, schlug dieses nicht genügend vorbereitete und ohne Sachkenntnis in ziemlich großer Hast in Angriff genommene Unternehmen gänzlich fehl. Ueber die Ursachen und Gründe des Fehlschlagens ist viel, aber manches Unrichtige verbreitet worden, und vielfach hat es hierbei an Versuchen nicht gefehlt, den Zusammenbruch der Nationalwerkstätten dem Sozialismus zur Last zu legen, um ihn bei der arbeitenden Bevölkerung in Mißkredit zu bringen und zu beweisen, daß auch in der Praxis die Forderung des Rechtes auf Arbeit gänzlich unhaltbar sei. Sie verschwand denn auch auf lange Zeit aus dem Bereiche der Agitation.

In anderen Ländern, z. B. in Deutschland und der Schweiz, trat das Recht auf Arbeit hin und wieder als theoretische Forderung hervor, ohne daß es zur praktischen Anwendung gekommen ist.

Es war wiederum bald nach einer Volkshebung — am 7. Juni 1848 — als die Berliner Nationalversammlung über das »Recht auf Arbeit« verhandelte. In Berlin waren ungefähr 4000 Arbeiter mit ihren Familien brotlos. Man verlangte, daß die Regierung den Arbeitslosen Beschäftigung verschaffe. Darauf erklärte der Minister v. Patow, der wohl eine Art Arbeitslosenfürsorge im Auge hatte, aber ein »Recht auf Arbeit« durch den Staat nicht anerkennen wollte, es sei die Pflicht der Kommunen, dafür zu sorgen, daß niemand Hungers sterbe. Es stehe allerdings im Allgemeinen Landrecht (dem damaligen Gesetzbuche Preußens), daß der Staat denen, die Arbeit suchen, auch Arbeit verschaffen müsse. Das würde aber die Kräfte des Staates übersteigen. Diese Bestimmung würde gar nicht realisierbar sein. — Auch Arbeiter- und Handwerkerversammlungen machten damals die Forderung des Rechtes auf Arbeit zu der ihrigen und stellten darum an die konstituierende Versammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. das Verlangen, diese Forderung in die »Grundrechte des deutschen Volkes« aufzunehmen. Das Parlament wies sie aber damit ab.

Darauf wurde es abermals auf lange Zeit still mit der Forderung des Rechtes auf Arbeit, bis Fürst Bismarck am 9. Mai 1884 im Reichstage es unternahm, dieses Schlagwort gegen die Sozialdemokratie auszuspielen. Diefte hat sich aber aus guten Gründen niemals offiziell zu dieser Formel bekannt, weil sie weiß, daß der heutige Staat diese an sich berechtigte Forderung gar nicht erfüllen kann. Der Kapitalismus ist nicht dazu imstande, jedem arbeitswilligen und arbeitsfähigen Menschen die Gelegenheit zur Arbeit zu geben, weil unter seiner Produktionsweise, infolge der gesteigerten Warenerzeugung, ein so großes Angebot von menschlicher Arbeitskraft entstehen muß, das dauernd zu der Nachfrage in keinem Verhältnis steht. Die Forderung des Rechtes auf Arbeit kann nur eine auf sozialistischer Grundlage beruhende Gesellschaftsordnung erfüllen; eine Ordnung, die, wenn sie gar nichts anderes dem Menschen gewährleisten sollte als dies, allein schon durch den Vorzug vor der heutigen Ordnung verdienen würde.

Daß aus der Naturrechtsphilosophie die Forderung des Rechtes auf Arbeit begründet ist, davon haben die Arbeiter gar nichts. Daß die heutige gesellschaftliche Ordnung dieses Recht im konkreten Sinne dem Menschen nicht gewähren kann, das wissen sie. Daß die Arbeitslosenfürsorge durch die Kommunen unzureichend ist, das wissen sie ebenfalls, ganz abgesehen davon, daß sie oftmals als eine Art Almosen gewährt wird. Angesichts alles dessen bleibt ihnen unter diesen Umständen nur die Selbsthilfe übrig, und zwar dadurch, daß sie sich den Gewerkschaftsorganisationen anschließen und in diesen sich durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Unterstützungseinrichtungen wenn auch kein »Recht auf Arbeit«, so doch ein Recht auf hinreichende gewerkschaftliche Beihilfe sichern.

Schr.

Sollen die Gewerkschaften eingetragene Vereine werden?

Das Gewerkschaftskartell in Hamburg behandelte kürzlich diese für die gewerkschaftliche Praxis wichtige Frage im Anschluß an die Referate zweier Rechtsanwältinnen, die dazu entgegengesetzte Standpunkte einnahmen. Das Ergebnis war, wenn auch ohne förmliche Abstimmung, die Ablehnung des Vorschlags, nach der Eintragung als rechtsfähiger Verein zu streben. Sicher mit Recht! Bei dem Interesse, das der Gegenstand für unsere Organisationen immerhin hat, sei der rechtliche Kern der beiderseitigen Ausführungen nach dem Bericht des Hamburger Echos wiedergegeben.

Der erste Referent, R. A. Dr. Türkheim, führte die unlegibaren rechtlichen Vorteile vor, die ein Verein durch die Eintragung erwirbt. Er kann auf seinen Namen Eigentum erwerben und Grundbesitz eintragen lassen. Er kann vor Gericht als

Kläger auftreten, auch geschuldete Mitgliedsbeiträge durch Klage eintreiben. Das behördliche Einspruchsrecht gegen die Eintragung von Vereinen politischer oder sozialpolitischer Tendenz habe für die Gewerkschaften, die ja keine politischen, d. h. auf die Aenderung der Gesetzgebung gerichteten Ziele verfolgten, keine Bedeutung. Und selbst, wenn wegen politischer Tätigkeit ein eingetragener Verein der Auflösung verfallt, so stehe nichts im Wege, das Vermögen einem anderen, z. B. dem Gewerkschaftskartell, zuzuwenden, das es wieder für die Neugründung eines gleichartigen Vereins verwenden könne. Besonders wichtig sei die Eintragung zur Sicherstellung der Tarifverträge. Ein Tarif erzeuge an sich kein klagbares Recht, gelte vielmehr nur so weit, als er durch allgemeine Anerkennung den Charakter des Gewohnheitsrechts annehme. Deshalb sei er durch Vereinbarung von Vertragsstrafen zu sichern. Diese aber könnten von nicht rechtsfähigen Vereinen nicht eingeklagt werden.

Dem zweiten Redner, R. A. Dr. Herz, konnte es nicht schwer werden, diese wohl den Buchstaben des Gesetzes, nicht aber der Praxis des Lebens tragende Ausführungen zu widerlegen. Er betonte, daß die Gewerkschaften oft genötigt seien, auf die Gesetzgebung Einfluß zu suchen; daß die Frage der Auflösung wegen der Sperre von einem Jahre, die damit über das Vermögen verhängt werde, doch viel ernster zu nehmen sei; daß das Recht, Mitgliederbeiträge u. a. einzutreiben, keine Bedeutung habe. Ueberhaupt habe die Eintragung wohl für Vereine mit vorwiegend vermögensrechtlichem Charakter, nicht aber für die Gewerkschaften, die reine Personengemeinschaften seien, wert. Bisher sei man ohne die Rechtsfähigkeit ausgekommen, und so werde es auch am besten belassen. So seien bisher die Bemühungen um die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften immer von bürgerlicher, nie von unserer Seite ausgegangen. Die Kassen- und Eigentumsinteressen, die für unsere Verbände nie der Hauptzweck sein könnten, würden eben damit in den Vordergrund geschoben. Und durch die Möglichkeit, das Vereinsvermögen für jede rechtswidrige Handlung eines Vertreters haftbar zu machen, müsse der Kampfcharakter leiden. Die Auffassung Türkheims vom rechtlichen Wesen der Tarifverträge teilte er zwar, wenngleich er eine beachtenswerte Theorie zugunsten des zwingenden Charakters der Tarife mitteilte. Er hielt aber diesen Punkt nicht für so schwerwiegend, um deshalb den Charakter der Gewerkschaften zu ändern.

Die Diskussionsredner stellten sich auf den Standpunkt des zweiten Redners. Es hieß auch das Wesen unserer Gewerkschaftsorganisationen von Grund auf umgestalten, wollten sie sich um äußerlicher Rechtsvorteile willen unter die Aufsicht der Verwaltungsbehörden und Registergerichte stellen und ihren Gegnern leicht greifbare Handhaben zum Kampfe auf dem Wege des Zivilprozesses, über dessen Ausgang bei dem bürgerlichen Charakter unserer Justiz selten Zweifel bestehen wird, in die Hand geben. Auch die Eintreibung von Mitgliedsbeiträgen durch den Gerichtsvollzieher dürfte kein verlockendes Ziel für einen Gewerkschafter sein. Dazu kommt, daß ein Hauptgrund, der für die Eintragung angeführt und von dem Gegenredner auch zugegeben wurde, unzutreffend ist: wir meinen die Tariffrage. Ob ein Tarifvertrag zwingendes Recht für die Beteiligten schafft, wie mit Lothar viele Oewerbegerichte annehmen, oder ob er durch Privatvertrag außer Wirkung gesetzt werden kann, wie in einem viel besprochenen Urteil jüngst das Gewerbegericht Hamburg entschieden hat, mag zweifelhaft sein — wenn auch die Anerkennung der zwingenden Kraft sich immer stärker durchsetzt. Aber daß ein Tarifvertrag, der nicht ausdrücklich abgeändert worden ist, klagbares Recht zwischen den Angehörigen der vertragschließenden Organisationen und ebenso zwischen den Verbänden oder Kommissionen, die den Vertrag abgeschlossen haben, und den einzelnen, dem Verträge unterworfenen Gewerbetreibenden und Arbeitern schafft, das ist zu beweisen. Der Tarif wird geschaffen, um Rechtsverhältnisse zu regeln. Es ist nicht erfindlich, weshalb er nicht imstande sein soll, wirksam, d. h. auch klagbares Recht zu erzeugen. Und was die Frage der Prozeßfähigkeit betrifft, die der nicht eingetragene Verband allerdings nicht hat, so läßt sich durch die Feststellung von bestimmten oder auch unbestimmten Personen (z. B. des jeweiligen Vorsitzenden der Kommission u. a.), die berechtigt sein sollen, die Vertragserfüllung und eine etwaige Vertragsstrafe kraft eigenen Rechtes zu verlangen, sehr wohl dessen Mangel abheben.

Auch dieser für das Streben nach Rechtsfähigkeit angeführte Grund ist nicht stichhaltig. Die Gewerkschaften haben allen Grund, auf die zweifelhaften Geschenke des bürgerlichen Rechts zu verzichten und sich auch ferner nur auf ihre eigene wirtschaftliche Stärke und den Kampfesmut ihrer Angehörigen zu verlassen.

a. r.

Briefkasten der Redaktion.

A. K., J. Bericht kam für vorliegende Nummer gerade 3 Tage zu spät. Manuskripte sind mit Tinte zu schreiben. — R. E., W. Kann erst in No. 7 erscheinen. — H. W., S. Dank für den Brief; kommt aber erst in No. 7. Dem Prozeßbericht sehe ich gern entgegen. Gruß! —

Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

„Graphik geht nicht.“

Vor ein paar Jahren „ging“ sie mal eine Weile lang. Besonders Radierungen wurden „gefragt“, und in einer Menge von Einzelblättern und Sammelmappen zeigte sich als Folge der erhöhten Nachfrage das erhöhte Angebot. Das war erfreulich, denn es gibt kaum eine Art der Produktion, die so viele feine Kunstwerte so schnell in der ganzen Nation in Umlauf bringen könnte, wie die der Graphik. Nun wird aus München von einer „vollkommenen Baisse“ geschrieben, „dergestalt, daß Umwegen von köstlichen Blättern in den Mappen der Kunsthändler langsam verschimmeln“. Nur ein paar staatliche und private Sammlungen kauften noch solche Blätter, „ein Beweis dafür, daß das „Volk“ dem Gegenstände gänzlich ablenkend gegenübersteht.“

Das „Volk“ will eben vor allem Farbe haben. Mit seiner Illusionsfähigkeit steht's schwach, der greift das Bunte unter die Arme, und außerdem ist es ja auch rein fürs Auge eine erfreuliche Sache. Zumal, wenn es mit dieses Organs Uebung so bescheiden steht, daß es gelegentlich ein liebendes Streicheln empfindet, wo eines Kenners Auge sich mit der Faust geschlagen oder mit Sirup bestrichen fühlt.

Und dann: man will »Wandschmuck«. Unsere »kunsterzieherische« Bewegung hat vom ersten Anfang an immer auf guten Wandschmuck hingewiesen, mußte das auch; denn hier war sozusagen die Bresche für die Kunst ins Haus. Aber man ist beim Werben um gute Bilder selbst zu sehr, mit Verlaub zu sagen, an den Wänden hängen geblieben.

Zunächst: selbst diese Wände betrachten wir zu einseitig unterm Blickwinkel der Dekoration — ich werde mich hüten, auf ein Blatt, das mir eine schöne Stimmung in die Seele bringt, deshalb über meinem Schreibtisch zu verzichten, weil da vielleicht etwas Gelbes oder Grünes dekorativer wäre, als dieses Schwarzweiße, das den ausruhenden Geist zu Rembrandts Faust oder Dürers Hieronymus führt. Auch schmücken kann ja übrigens Graphik am rechten Platz. Im allgemeinen hängen wir aber bekanntlich nicht etwa zu wenig Bilder an die Wände, sondern zu viel.

Zweitens: Alle Erscheinungen, auch die, von welcher wir ausgingen, deuten darauf, daß wir uns endlich mit aller Entschiedenheit des Gedankens entwöhnen müßten, Werke der malenden und zeichnenden Kunst kämen für unsern Besitz nur so weit in Frage, wie unsere Wände reichen. Wir erleben jetzt in unserm Verhältnis zur bildenden Kunst eine große Zeit, eben jetzt stehen wir beim Bilderwesens da, wo wir beim Bücherwesens bei Erfindung der Buchdruckerkunst standen. Größtenteils aus rein äußerlichen Gründen hat der nationale Schatz von tiefer Innenkultur bisher für das Volksganze noch nicht ausgenutzt werden können, der in der gesamten bildenden Kunst niedergelegt ist. Dank der photomechanischen Verfahren kann er's jetzt in unvergleichlich höherem Grade, als bisher. Und so muß das Anlegen von Haus-, Schul-, Volks-Bildereien eine Sache werden, die sich so sehr von selbst versteht, wie das Anlegen von Büchersammlungen. Die Kultur durchs Auge hat es früher in sehr vielen Beziehungen besser gehabt, als jetzt, und es ist sehr die Frage, ob ihr nicht die Beschränktheit auf ganz wenig aber intimst Gekanntes in großer Beziehung besser tat, als der jetzige Großbetrieb. Aber den haben wir einmal, und wer ohne ihn auskommen wollte, gliche dem Kleinhandwerker, der, umgeben von Fabriken, ihnen Konkurrenz machen will, womöglich gar, ohne seinerseits von ihren Erleichterungen Nutzen zu ziehen. Wir müssen »durch«. Wir müssen, da wir frühere Besitze verloren haben, aus den neuen Möglichkeiten holen, was sie uns bieten.

Sonst haben wir eben nichts. Und was uns die neuen Reproduktionstechniken aus unserer Väter und unserer Brüder Werk an Erdachtem, Erföhntem, ErschauteM jetzt in Haus bringen können, ist überreich an Innerlichem, Großem, Herrlichem.

Also: arbeiten wir für *Bildereien!* Dann wird mit der Zeit auch wieder »Graphik gehn«. Nicht als Mode, sondern aus sachlichem Bedürfnis heraus, weil aus hundertzehnerogener Fähigkeit zum Graphik-Sehen und zum Kunst-Miterleben. (Aus dem »Kunstwart«.)

Brief aus Eltville.

Es liegt ein Städtlein an dem Rhein
Kein and'res ist ihm gleich.

Unter diesem Motto sei die Schilderung aus Eltville a. Rh. gegeben, denn die Zustände in der dortigen Firma Fischer & Krämer, G. m. b. H., sind derartig, daß es sich lohnt, sie etwas eingehender zu betrachten, damit sich die Kollegen ein Urteil bilden können.

Am 19. Dezember reichten alle in der Firma beschäftigten Lithographen und Steindruckere die Kündigung ein. Die Mißstände hatten schon wiederholt Anlaß zu Verhandlungen gegeben, und schon hierdurch wurde die Geduld der Kollegen auf eine harte Probe gestellt. Der Leiter des Geschäftes, Herr Fischer, ist nämlich nicht der Mann, der das Wörtchen »Logik« erfunden hat, und so war das Resultat dieser Unterredungen negativ. Es wurde nicht aufrichtig erwogen, sondern verdröhnt, bestritten und auch wieder geschmeichelt, daß sich die Balken bogen. Die Kollegen waren davon überzeugt, daß bei dieser Art von Aussprachen nichts zu erreichen ist. Eine Einigung ohne den ehrlichen Willen, das Vereinbarte zu halten, ist zwecklos. Somit blieb den Kollegen ein weiterer Schritt nicht erspart, wollten sie sich nicht eine Behandlung gefallen lassen, die in größter Ausführlichkeit zu schildern der Raum unseres Organs nicht gestattet. Doch hier eine kleine Probe.

Die Hauptbeschäftigung der Geschäftsleitung besteht in der Beaufsichtigung des Personals. Die Leitung des Geschäftes liegt nämlich nicht nur in den Händen des Herrn Fischer, sondern die Gemahlin spielt eine Hauptrolle dabei. Die Geschäftseinerichtung erlaubt, daß die Angestellten von jedem der sieben Fenster, aus jeder Ecke heimlich »beaufsichtigt« werden können, und jeder, der auch nur eine geschäftliche Anfrage an einen anderen zu richten hat, wird der Faulenzerei verdächtigt. Außerdem werden die vier Kinder noch zur »Beaufsichtigung« verwandt, wodurch das lithographische Atelier mitunter in einen Spielsaal verwandelt wird. In Vertretung der Eltern geht der älteste Sohn, ein 16jähriges Bürschchen, mit den Händen in den Hosentaschen im Atelier auf und ab, um jede Bewegung zu bemustern. Daß durch den Unverstand dieses jungen Mannes manche Aeußerung falsch hinterbracht wird und die schlimmsten Szenen heraufbeschworen werden, sei nur nebenbei erwähnt.

In technischer Beziehung wäre noch einiges zu bemerken. Hier herrscht wiederum die Frau des Herrn Fischer. Dieselbe spricht nicht nur bei allen technischen Fragen mit, sondern prüft auch die Offerten von Bewerbern. Sie hat sich in der kurzen Zeit (das Geschäft besteht seit zwei Jahren), so viel technische Fähigkeiten angeeignet, daß sie sich auch ein Urteil anmaßt über Dauer und Qualität der Lithographien, des Stein- und Buchdrucks. Herr Fischer ist nach seiner Angabe ein gelernter Lithograph; er wußte aber gelegentlich nicht, daß Blau und Gelb ein Grün gibt.

Ferner ist noch der Schwager des Herrn Fischer, eines Maschinenmeister Kleeback, Erwähnung zu tun. Er ist Druckerleiter in der Firma. Von diesem stammen auch der Haß und die Hetzereien gegen organisierte Kollegen. Bekannt ist diese Persönlichkeit schon durch die große Aussperrung 1906, wo er in Mainz dem Unternehmertum Rausreißerdienste leistete. Eine wertvolle Unterstützung in der Kontrolle des Personals findet die Firma ferner noch in der Person des Buchbinders, der sich berufen fühlt, jede getane Aeußerung zu hinterbringen.

Zu Weihnachten gedachte die Firma ihren Angestellten ein Geschenk zu präsentieren, nämlich die Kündigung aller organisierten Kollegen vor den Feiertagen. Als der Bezirksvorstand aus Frankfurt der Firma seine Vermittlung anbot, wurde als Antwort der Vertrauensmann sofort entlassen. Nach mehrstündigen Verhandeln gab die Firma in keinem Punkte nach. Auch blieb der Gemaßregelte, ein verheirateter Kollege, auf der Strecke. Die Kollegen blieben noch aus taktischen Gründen, auf ihrem Posten, obgleich das Weiterarbeiten zur wahren Höllequal wurde. Nun wurde ein Kollege von der Firma engagiert in dem Glauben er sei N.-V. Als sich aber seine Zugehörigkeit zum Verband herausstellte, setzten die Schikanen bald ein. Im Verlauf einer Aussprache, welche erneut zum so und sovielten Male stattfand, wurde der zugereiste Kollege wieder gekündigt. Ob solcher Behandlung

sahen sich die übrigen Kollegen genötigt, ihre Kündigung einzureichen.

Hierdurch werden die Kollegen genügend über diesen Kunststempel informiert sein. Erwähnt sei noch, daß Fischer erhöhte Arbeitsleistung verlangt und so die Preise der Lithographien erheblich heruntersetzt. Wer nicht mehr Platten arbeitet, wird gekündigt und durch andere Personen zu ersetzen versucht, womöglich durch N.-V., um so die Lithographie zu einer regelrechten Akkordschufferei umzuwandeln.

Ortsberichte.

Grimma-Nerchau. Am 24. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Pfeifer hielt ein ausführliches Referat über »Unternehmerverbände und deren Kampfmittel«. In klarer Weise zeigte er, wie sich die Unternehmerverbände seit 1890 stark entwickelt und nicht nur Berufsverbände, sondern auch zentrale Unternehmerverbände aller Berufe gegründet haben. Hier kennt man keinen Unterschied der Konfession oder Partei. Die Geldsacksinteressen einzig und allein spielen die Hauptsache. Desto bedauerlicher sei es, daß die Arbeiter ihre Kräfte noch in so vielen Verbänden wie freien, Hirsch-Dunckerschen, christlichen usw. zersplittern, was immer wieder als ein Krebschaden in der Arbeiterbewegung bezeichnet werden müßte. Redner kam dann auf die Kampfmittel der Unternehmer zu sprechen. Er zeigte an vielen Beispielen, wie die Unternehmer selbst bei den kleinsten Differenzen mit der Aussperrung drohen. Auch ging er näher auf den Schutzverband sowie auf den Unterstützungsverein Senefelders ein. Zum Schluß seiner Ausführungen legte er der Versammlung klar, wie notwendig es sei, sich politisch zu betätigen und forderte auf, die Arbeiterpresse zu abonnieren und der politischen Organisation beizutreten. Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag. Nach den üblichen Berichten des Kartelldelegierten, der Zahlstellenverwaltung, der Lehrlingskommission sowie der Revisoren fanden die Neuwahlen statt. Unter Geschäftsangelegenheiten wurde festgestellt, daß in der Firma Nitzke & Co. die Lehrlingszahl nach den Abmachungen mit dem Schutzverband zu hoch ist, trotzdem will man noch mehr Lehrlinge einstellen. Auch versucht man, durch Einstellen junger Kollegen die Löhne niedrig zu halten. Die Bezirkskommission soll Wandel zu schaffen versuchen. Weiter wurde festgestellt, daß ein Kollege aus der Firma die Neueingestellten unter der Hand besorgt und somit den Arbeitsnachweis hintergeht. Auch ist es auf diese Weise vorgekommen, daß ein Kollege schon engagiert war und dann erst Auskunft eingeholt hat. Das wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Unterstützung erhalten solche Kollegen nicht. Hierauf erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, das Gehörte nicht unbeachtet zu lassen und schloß die imposante Versammlung.

Schlettau. Die am 17. Januar abgehaltene Protestversammlung der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe war von den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle sowie aus Annaberg, Buchholz, Schwarzenberg und Aue gut besucht. Kollege Paul Leinen aus Dresden referierte über: »Die jetzige Lage und die eventuelle Wirkung der Tabak- und Plakatsteuer in unserem Beruf.« Redner kennzeichnete treffend die Folgen der Besteuerung des Tabaks und der Plakate, wie sie von der Reichsregierung geplant ist. Er wies an der Hand von Beispielen nach, daß sich nach Annahme beider Steuerprojekte durch den Reichstag die schon jetzt bestehende große Arbeitslosigkeit ins Ungeheuerliche steigern würde. Unter allen Umständen will die Regierung eine höhere Belastung des Tabaks durchsetzen; ihr Weg würde über Tausende von vernichteten Existenzen führen. Zur Plakatsteuer übergehend, beleuchtete der Referent die Spitzfindigkeit der Steuerkünstler, indem er darauf hinwies, daß die Steuer mit der Einwohnerzahl in den einzelnen Städten steigen solle, weil in den Großstädten mehr auf Reklame geachtet werde. Redner empfahl den Steueruchern, eine Ordenssteuer in Erwägung zu ziehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Die heute am 17. Januar cr. in Schlettau tagende Versammlung erhebt entschiedenen Protest gegen die Tabaksteuer, ebenso wie gegen die Steuervorlage auf Anklündigungen (Plakatsteuer). Würden beide Steuervorlagen Gesetz, dann müßte dies so tief einschneidend auf die Herstellung der Tabakausstattungen und der Plakate wirken, daß ein starker Rückgang der Produktion die unausbleibliche Folge wäre und die Arbeitslosigkeit ungeheuer erschwert würde. Der Zolltarif und die jetzigen Handelsverträge haben schon das Exportgeschäft so vermindert, daß bereits eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Die vorgeschlagenen beiden Steuervorlagen würden die Zustände nicht nur noch verschlimmern, sondern eine dauernde außerordentliche große Arbeitslosigkeit schaffen. Die Versammlung erwartet vom Reichstag, daß er beide Steuervorlagen verwirft. Mit einem Aufruf, fest zur Organisation zu halten, wurde die Versammlung geschlossen.«

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schuetter, Leipzig-N

Aus den Sektionen.

Leipzig. In der am 13. Januar abgehaltenen Generalversammlung der Sektion der Lithographen wurde zunächst über die Tätigkeit der Agitationskommission im verflochtenen Jahre ein Bericht gegeben. Es wurde ausgeführt: Mancher Kollege habe am Anfang des Jahres 1908 auf eine baldige Besserung der Erwerbsverhältnisse gehofft. Diese Hoffnung sei aber leider nicht erfüllt worden; die Krise habe während des ganzen Jahres andauert, und selbst jetzt sei noch nichts von Anzeichen eines Aufstieges der Konjunktur zu merken. In solchen Zeiten des gewerblichen Tiefstandes sei man selbstverständlich genötigt, einen Pflock zurückzustücken gegenüber den Bedrückungen des Unternehmertums. Das besage aber noch nicht, daß man alle Maßnahmen des Unternehmertums ohne jede Gegenwehr hinnehmen müsse. Die Leipziger Lithographen hätten auch demgemäß gehandelt: sie seien verschiedenen Vorstößen des Unternehmertums energisch entgegengetreten, wodurch sie auch manche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgehalten hätten. Die vielen Werkstubeversammlungen und sonstigen Sitzungen, 41 Werkstubeversammlungen, 4 Bekassierer- und 28 Kommissionssitzungen, die im Laufe des Jahres abgehalten worden sind, hätten sich zumeist wegen dieses Vorgehens der Leipziger Lithographen nötig gemacht. Leider seien auch verschiedene Werkstubeversammlungen nötig gewesen, um gegen Kollegen Stellung zu nehmen, die es sogar über sich gebracht hätten, bei der herrschenden großen Arbeitslosigkeit Heimarbeit zu verrichten. Das Tun dieser Kollegen sei um so verberlicher gewesen, da die Unternehmer fortwährend bestrebt seien, die Arbeitslosigkeit unter den Lithographen noch künstlich zu vergrößern. Verschiedene Firmen hätten ihr Lithographenpersonal beträchtlich reduziert. Die Firma Dr. Trienker & Co. in Stötteritz habe älteren Lithographen gekündigt; diese Kündigungen wolle diese Firma deswegen vorgenommen haben, weil ihr die älteren Arbeitskräfte zu teuer geworden seien. Das wirkliche Motiv zu diesem Vorgehen sei aber gewesen, die betreffenden Kollegen zur Privatarbeit zu bewegen. Die Vergrößerung ihres Privatlithographenheeres, das sei das Streben dieser Firma! Beklagt müsse werden, daß die Kollegen in der Postkartindustrie so wenig gewerkschaftlichen Geist zeigten; trotz ihrer äußerst bedrängten Lage seien sie Versuchen zur Abhilfe zumeist aus dem Wege gegangen. Selbst Einladungen der Sektionsleitung zu Aussprachen seien sie in ihrer Mehrheit nicht gefolgt. — Einen breiteren Raum nahm sodann der Bericht ein über die Vorkehrungen des Verbandes, um die Not der ausgesteuerten Kollegen zu mildern. Auch der Coup der Unternehmer, uns den jungen Zufluß abzuschneiden, wurde gebührend gewürdigt. Die Gegenmaßnahmen des Verbandes seien in Leipzig erfolgreich gewesen. Die überwiegende Mehrheit der Leipziger Lithographenlehrlinge gehöre jetzt unserer Lehrlingsabteilung an. Die Fachbildung unsers gewerblichen Nachwuchses werde auch eifrig betrieben. Viel Arbeit habe auch die Agitationskommission durch die Aufnahme verschiedener Statistiken gehabt. Diese Arbeit sei um so schwieriger gewesen, da auch in dieser Beziehung die Kollegenschaft vielfach versage. Von manchen Geschäften werde die Erledigung einer so wichtigen Arbeit nur sehr nachlässig betrieben. Es habe sich eben in jeder Hinsicht offenbart, daß trotz aller Anstrengung die Kommission ohne eine angestellte Kraft die ständig wachsenden Arbeiten nicht im entferntesten erledigen könne. Die Anstellung eines weiteren Beamten sei darum auch vom Hauptvorstand und vom Ausschuss genehmigt worden. Die Notwendigkeit dieser Anstellung habe sich auch im letzten Vierteljahr bei jeder Gelegenheit gezeigt. Die Bewegung bei Kluge habe die volle Arbeitskraft Herbst's wochenlang in Anspruch genommen. Dafür könnten wir es auch jetzt als einen Triumph bezeichnen, diese Kollegen einmal aufgeföhrt zu haben. Durch die emsige Tätigkeit Herbst's sei es nun dahingekommen, daß die ganze Bewegung für uns mit einem leidlichen Erfolg geendet habe. Eine ungeheure Arbeit und unsägliche Mühe habe diese Bewegung verursacht. Den vielen Helfershelfern Kluges nachzuspüren und deren Tätigkeit lahmzulegen sei eine unmenschliche Arbeit gewesen. Drei Verhandlungen mit dem Schutzverband seien nötig gewesen, um einen entgeltlichen Frieden herbeizuführen. Die vielen Versuche Kluges, den in der zweiten Verhandlung herbeigeführten Friedensschluß illusorisch zu machen, hätten die dritte Verhandlung nötig gemacht. Kluge sei von scharfmacherischen Hintermännern aufgehetzt worden, die in Berlin getroffenen Abmachungen zu ignorieren. Der Schutzverband habe sich aber in der dritten Verhandlung von uns überzeugen lassen müssen, daß es seinem Ansehen nicht zuträglich sei, wenn er den Vertragsbruch Kluges zuließe. Und so sei Herr Kluge vom Schutzverband aufgegeben worden, die Verein-

barungen strikte innezuhalten. Hoffentlich füge sich Herr Kluge diesen Anordnungen, damit der Friede nach diesem vielwöchigen Streit nun auch wirklich endgültig gesichert wäre. Die einzelnen Phasen des Kampfes und dessen Ausgang seien wert, in einem Artikel in der Presse besonders geschildert zu werden, denn solche Schilderung böte der Kollegenschaft sehr viel Lehrreiches. Gleichzeitig mit dem Friedensschluß mit Kluge sei auch in Firma Hartisch die Differenz zugunsten der beteiligten Kollegen beigelegt worden. Nur in der Schwitzlithographie Kleinkauf sei die Bewegung noch nicht abgeschlossen worden. Der Klugesche Konflikt, der die gesamte Lithographenschaft in Bewegung gebracht habe, habe auch den Kollegen in der Privatlithographie Schreyer auf die Beine geholfen und sie bewegt, Forderungen zu stellen. Und es bestehe die beste Aussicht, daß auch diese Bewegung zu unser Zufriedenheit verlaufen werde. Die Abschaffung der Akkordarbeit müsse in dieser Firma durchgesetzt werden, denn diese biete immer und immer wieder eine bequeme Handhabe, die Löhne zu drücken. Noch sei in vielen Geschäften die Lage trostlos! Diesen Zuständen müsse mit allen Mitteln zuleibe gegangen werden. Die Mutlosigkeit, die sich durch die Krise bei der Kollegenschaft breitmache, sei durchaus unbegründet. Hierauf schloß sich ein Bericht über den Arbeitsnachweis, der ergab, daß diese Einrichtung sich vortrefflich bewährt. Es wurde gesagt, daß es um den Arbeitsnachweis noch weit besser stünde, wenn die Kollegen mehr ihre Pflicht erfüllten und auch jede Vakanz meldeten. Der Wechsel im Arbeitsverhältnis sei unter den Lithographen ungeheuer, wodurch sich oft die Verbindungen mit vielen Geschäften verlören. Dieser Mißstand müsse durch Einführung einer Registrande beseitigt werden. Zur Erforschung der Bewegung der Privatlithographie, ihres Auf- oder Abstiegs, werde auch in Zukunft aller zwei Monate eine Statistik aufgenommen. Der Mitgliederbestand habe sich erfreulicherweise im letzten Jahre in der Lithographensektion beträchtlich gehoben. Im Laufe des Jahres sei die Zahl der Mitglieder von 450 auf 683 gestiegen. Zugewonnen seien 435, abgegangen 202 Mitglieder. Der große Zuwachs ließe sich durch den Uebertritt des Lithographenbundes erklären. Außerdem zähle noch die Lehrlingsabteilung der Lithographensektion 157 Mitglieder. Mit der Aufforderung, sich zu Ehren des Kollegen Schulz, der uns durch den Tod entrissen wurde, von den Plätzen zu erheben, schloß der Bericht. Neben anderen gewerkschaftlichen Angelegenheiten wurde dann auch der Artikel »Ein Appell an die Öffentlichkeit« in No. 2 der Graph. Presse, der sich mit den Verhältnissen in der Lithographie der Leipziger Postkartendruckerei Emil Pinkau & Co. befaßt, eingehend besprochen. Es wurde angeführt, daß der Artikel der Firma Pinkau & Co. mißfallen habe. Durch eine schöne, wohlgesetzte Rede eines Firmenträgers seien auch die Gründe dieses Mißfallens den dort beschäftigten Lithographen vorgeführt worden. Gegenüber diesen Vorführungen hätten sich aber die Lithographen nicht rechtfertigen können, denn der Artikel sei tatsächlich für die gegenwärtigen Verhältnisse in der Firma nicht im vollen Umfange zutreffend. Es wäre daher besser gewesen, wenn diese Veröffentlichung, die zur Zeit erfolgt sei, unterblieben wäre; sie habe den Kollegen in der Firma Pinkau & Co. nur Unannehmlichkeiten bereitet. Kollege Schmetter führte dem aber entgegen: Darüber wundere er sich nicht, daß die Firma Pinkau & Co. wegen des Artikels ungehalten sei. Er habe den Artikel ja auch nicht veröffentlicht, um ihre Anerkennung zu erwerben. Aber unbegreiflich sei es, daß sich einzelne Kollegen darüber aufregten. Der Artikel verfolge doch nur die Interessen der Kollegen. Daß das, was darin in bezug auf die Ausbeutungs-Gepflogenheiten der Firma gesagt werde, auch voll und ganz der Wahrheit entspreche, davon habe er sich selbst überzeugt. Im Laufe des Oktober habe er mehreren Werkstubeversammlungen der in dieser Firma beschäftigten Lithographen beigewohnt, und dort seien alle diese Klagen vorgebracht worden, ohne von irgend einer Seite in nur irgend einer Weise eingeschränkt zu werden. Nun müsse allerdings zugegeben werden, daß der Artikel gerade den gegenwärtigen Verhältnissen in der Firma Pinkau & Co. nicht ganz entspreche. Dadurch werde aber die Wahrheit seines Inhalts in keiner Hinsicht erschüttert; auch werde er in seiner Wirkung für das Wohl der Kollegen nicht besonders abgeschwächt. Wohl sei es möglich, daß er noch besser gewirkt hätte, wenn er früher veröffentlicht worden wäre. Man müsse aber bedenken, daß der Artikel von einem Kollegen geschrieben worden sei, der jenes Geschäft seit einiger Zeit verlassen habe; und für den Aufstehenden sei es schwer, den jeweiligen Stand des Geschäftsganges in Firma Pinkau & Co. genau festzustellen. Zudem datiere auch die Abfassung des Artikels einige Zeit zurück. Aber alles dieses tue nichts zur Sache. Die Firma Pinkau & Co. sei momentan wieder stark beschäftigt, und da sei es natürlich, daß sich die jetzigen Verdienste der Akkordlithographen, und nur um die Höhe dieser Verdienste könne jetzt gestritten werden, nicht mit den Angaben des Artikels deckten, zumal jetzt auch wieder Ueberarbeit geleistet werde. Aus den jetzt wieder bessern Verdiensten, die aus dem bessern Geschäftsgang resultierten, sei keineswegs zu schlußfolgern, daß sich die Firma

Pinkau & Co. nun in ihren Grundsätzen geändert habe. Sowie wieder Geschäftsflaute eintrete — und das könne vielleicht schon in 14 Tagen geschehen, denn der jetzige bessere Geschäftsgang sei nur eine vorübergehende Erscheinung, die Krise sei auch von der Firma Pinkau & Co. noch nicht überwunden — dann habe man aber sicher wieder im vollen Umfange mit all den Mißverhältnissen zu rechnen, die in dem Artikel geschildert würden. Wenn dem jetzt schon durch die Veröffentlichung des Artikels vorgebeugt werden könnte, so läge das doch nur im Interesse der beteiligten Kollegen. Wenn erst wieder in Firma Pinkau & Co. Arbeitsmangel eintrete, dann sei die Aussicht weit geringer, sie zu den notwendigen Reformen zu bewegen. Auch ein Artikel werde dann daran nicht viel ändern. Die Kollegen in dieser Firma sollten nicht etwa meinen, daß ihnen, weil sie momentan etwas besser verdienen, nun der Himmel voller Baßgeigen hänge; das könnte ihnen zum Verhängnis werden! Es sei auch gar nicht zutreffend, daß es den Kollegen nicht möglich gewesen wäre, den Vorhaltungen der Firma wegen des Artikels entgegenzutreten. Sie hätten hier eine sehr schöne Gelegenheit gehabt, all die Sünden der Firma, die sie an ihren Lithographen begangen hat, aufzuzählen. Wäre der Artikel nicht im allgemeinen zutreffend, dann würde die Firma Pinkau & Co. schon von selbst die Presse mit einer Berichtigung beglücken. Aber sie werde sich hüten!

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.) Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Schleiffer gab eine ausführlichen und gut durchgearbeiteten Jahresbericht, aus dem folgendes hervorzuheben ist: In einigen Anstalten wurde zum System des Aussetzens gegriffen, um in Aussicht gestellte Kündigungen zu inhibieren. Acht Mitgliederversammlungen, deren Besuch aber zu bemängeln war, haben stattgefunden. Verschiedentlich mußten Werkstubeversammlungen anberaumt werden, durch die Verschlechterungsversuche einzelner Prinzipale vorgebeugt wurde. Wenn wir auch unter der Wirtschaftskrise und den Auslandszöllen arg zu leiden haben, so lassen wir trotzdem an unseren Gewerkschaftsprinzipien nicht rütteln. Bei den Neuwahlen wurde Kollege Schleiffer als Vertrauensmann wiedergewählt. Für Kollegen Marré, der nach 5jähriger Amtsdauer sein Mandat als Tarifamtsmitglied niederlegte, wurde Kollege Morche, zum Gewerkschaftskartelldelegierten wiederum Koll. Gläß, in das Agitationskomitee die Kollegen Magnus, Zimmermann, Jentzsch und Schubert, als Vergütungsausschuß die Kollegen Kutzke und Weidner gewählt. Von unserem Lokalfonds, der ca. 130 Mk. enthält, wurden 50 Mk. als Extra-Weihnachtsbescherung an die ausgesteuerten Arbeitslosen unserer Sektion bewilligt. — Mit der Begründung, daß er schon genug Steuern zahle, indem er den Gewerkschaftsbeitrag mit der Staatssteuer auf eine Stufe stellte, montierte ein Kollege die vom Hauptvorstande zum Nutzen unserer Arbeitslosen angeordnete Zehnplennigsteuer. Dem Kollegen wurde eine gründliche Belehrung zuteil. Mehrere Redner schilderten unter lebhaftem Beifall den krassen Unterschied, der in diesen beiden Abgaben für jeden denkenden Kollegen klar zutage tritt. Die Zehnplennigsteuer kommt unseren ärmsten, auf der Straße liegenden Kollegen zugute. Die Gewerkschaft hebt unsere Berufsfrage und bietet jedem Organisierten eine nicht zu unterschätzende Stütze. — Aus dem Bericht des Arbeitsnachweisverwalters Kollegen Niendorfs wäre zu entnehmen, daß von Prinzipalen 22 Nachfragen einliefen, von denen 2 zurückgezogen wurden. Nachgewiesene werden konnten 6 Positiv-, 3 Negativretuscheure, 2 Photographen, 1 Präparateur zur Aushilfe, sowie 6 Drucker. Eine umfangreiche Korrespondenz war ebenfalls zu erledigen. — 67 Kollegen nahmen an der Versammlung teil, sie zeitigte lehrreiche aber auch recht heiße Debatten. Dennoch konnte unser Vertrauensmann mit der Aufforderung für besseren Besuch das Schlußzeichen geben.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: Wilib. Hänlein, Berlin N. 28,
Anklamerstr. 27, I. — Telefon Amt III, 5346.

Eine Werbeschrift für Photographen.

Unter dem Titel »Ein Wort der Mahnung und Aufklärung an alle Photographen-Gehilfen und Gehilfinnen Deutschlands« hat die Zentralkommission der Photographen eine kleine Schrift von 14 Oktavseiten und mit einem beigehefteten Beilagschein veröffentlicht, die bei der Werbearbeit unter den

Porträtfotographen vortreffliche Dienste leisten wird.

Die Schrift wirft zunächst die Frage auf, ob der Photograph Lebensstellung habe, was auf Grund der täglichen Erfahrungen rundweg verneint werden muß. Der Photographengehilfe ist immer mehr Tellerarbeiter geworden, dessen Löhne in gar keinem Verhältnis stehen zu der langen Arbeitszeit, die täglich von ihm verlangt wird. Ganz besonders sind die Löhne in kleinen Ateliers so miserabel, daß sie oft von denen ungelerner Arbeiter längst überholt sind. In diesen kleinen Ateliers blüht natürlich auch die Lehrlingszucht, die für eine Ueberfüllung des Berufs mit Arbeitskräften und damit für die Niederhaltung der Berufsverhältnisse sorgt. Es ist daher kein Wunder, daß das mittelalterliche Kost- und Logiswesen noch weit verbreitet ist, daß die Ueberstundenarbeit ohne Entschädigung oder mit Vertröstung auf die »Weihnachtsgratifikation« als selbstverständlich betrachtet wird, daß das Akkord- und Prämiensystem mit all' seinen Schädigungen besonders mit der Massen- und Warenhausphotographie weite Verbreitung erfahren konnte, daß die Arbeitsräume sehr viel zu wünschen übrig lassen usw. Die Broschüre erbringt also in eindringlicher Weise den Nachweis, daß überall Besserung notwendig ist, worauf sie ebenso eindringlich betont, daß nur die Gehilfenorganisation Besserung schaffen kann. Die Leistungen des Verbandes in bezug auf die Vertretung der Gehilfeninteressen, Unterstützungen und Arbeitsvermittlung werden in knappen Zügen, aber überzeugend erläutert und hervorgehoben, daß derjenige, der dem Verbandsmitglied, sich und seinen Beruf schädigt. Die Schrift klingt aus in den Aufruf: »Hinein in den Verband! Auf zum Kampf! Für die Hebung des Photographenberufs, für die Rechte aller Photographengehilfen, für Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen!«

Wir wünschen der kleinen Broschüre, die durch die geschickte Gruppierung des Inhalts und die jedem kleinen Abschnitt gegebene markante Ueberschrift das Lesen erleichtert und einen guten Eindruck macht, besten Erfolg. Möchte sie dazu beitragen, daß die Photographenkollegen ihre Lage erkennen, aus ihrer Lethargie erwachen und in Massen der Organisation beitreten. Das würde dem Beruf und jedem Berufsangehörigen nur zum Segen gereichen.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Lino-, Leinwand-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisführer: C. Schabart, Berlin N. 26.
Bodstr. 36.

Abschlagslohn im Formstechergewerbe.

Viele Unternehmer betrachten es als eine ganz selbstverständliche Handlungsweise, wenn sie dem Stecher, der erst eine oder zwei Wochen in ihrem Geschäft arbeitet, keinen vollen Lohn, sondern nur einen Abschlag zahlen. Das ist offene Ausbeutung, das ist unverfrorene Spekulation, die man geradezu als eine Frechheit bezeichnen muß.

Ich möchte gleich voraus bemerken, daß ich nicht einzelne Fälle kritisiere, sondern das gesamte verwerfliche System. Wenn man seine Ware Arbeitskraft eine Woche lang an den Unternehmer verkauft hat, kann man wohl verlangen, daß der Unternehmer auch den Verkaufspreis bezahlt. Das geschieht ja nun auch! Es fragt sich nur, wie und wann. Weniger profitgierliche und habgierige Unternehmer erkennen ja den sofortigen Ausgleich der Ware Arbeitskraft durch Geld an, indem sie dem Arbeiter nach Ablauf der Arbeitswoche den vollen Lohn auszahlen. Aber eine große Zahl von Unternehmern versucht immer wieder, den Gehilfen in den ersten Wochen einen Teil des verdienten Lohnes vorzuenthalten, und es ist tief zu beklagen, daß sich viele unserer Kollegen das ihnen auferlegte, verwerfliche System ohne irgend welchen Protest, ohne jeden Versuch, es von sich abzuschütteln, stillschweigend gefallen lassen. Dadurch schädigen sie sich nicht nur selbst, sondern sie schädigen auch die Interessen der Gesamtheit in unverzeihlicher Weise. Und auf der andern Seite leisten sie nur der Profitsucht Vorschub.

Nehmen wir folgendes Beispiel an: Irgend ein jüngerer Kollege hat eine neue Stelle besetzt ohne vorhergehende Vereinbarung über den Lohn. Er glaubt; aber mit Recht, den für junge Kollegen geltenden Durchschnittslohnsatz von 25,50 Mk. beanspruchen zu können auf Grund des Wertes seiner Arbeit, und er rechnet bestimmt darauf, ihn am Schluß der Woche, in der er fleißig schaffte, zu bekommen. Nun sind aber unsere Unternehmer mit Arbeit viel geplagt und zur Taxierung der Leistungen eines Gehilfen finden sie natürlich während der ganzen Woche keine Zeit. Deshalb heißt es dann

bei der Lohnzahlung kurz und bündig: »Sie müssen sich gefälligst diese Woche mit 20 Mk. Abschlag begnügen; reinen Lohn machen wir erst nächste Woche, diese Woche kamen wir nicht dazu.« Der Kollege ist natürlich schwer enttäuscht durch diese Ungerechtigkeit, die wie blutiger Hohn klingt und unbegrenzter Profitgier entspringt. Nur um den Gehilfen noch zu regerer Tätigkeit anzutreiben, wird dieses Manöver ausgeführt.

Merkt euch das, ihr alle, denen es bisher so ging oder noch so gehen sollte! Haltet euch eure Prinzipien hoch! Die Ausdreedereien sind bloße Vorwände. Was ist, das ist, und das fällt ins Gewicht. Wenn ihr eure Kraft eine Woche oder gar zwei dem geschäftlichen Interesse schon geopfert habt, dann habt ihr auch das unbedingte Recht, auf sofortige Auszahlung eines reinen Lohnes zu dringen. Also nieder mit diesem System.

Das Jammern und Klagen der Stechereibesitzer ist manchmal steinerweichend. Es erweckt oft den Anschein, als ob die Herren vom herrschenden Elend stärker betroffen würden als wir, die wir von der Hand in den Mund leben müssen. Man braucht nur genau zuzusehen und die Tatsachen zu prüfen, und man wird klar erkennen, daß das Märchen vom Wolf im Schafspelze ganz vorzüglich auf sie paßt.

Der wirtschaftliche Kampf wurzelt nicht in der Anteilnahme an Gefühlen, sondern in der Wahrnehmung berechtigter Interessen. Darin können uns die Unternehmer als Beispiel dienen. Sie verstehen es ganz vortrefflich, ihre Interessen nicht leiden zu lassen. Rücksichtslos beuten und saugen sie unsere Arbeitskraft aus. Sie betrachten die Arbeiter als nichts anderes wie als Mittel zur eigenen Bereicherung, und daraus resultiert auch das für uns schädliche System des Abschlagslohnes, um den vollen Verdienst erst im Laufe der ersten Wochen taxieren zu können, trotzdem die meisten Unternehmer davon nichts verstehen.

Es ist nämlich sehr interessant, einmal festzustellen, wie groß die Zahl der Unternehmer ist, die unser Fach selbst gelernt haben. Sie dürfte kaum $\frac{1}{3}$ der Gesamtzahl ausmachen. Die andern sind Spekulanten. Das besagt genug. Diese Leute nehmen es sich heraus, unsere Interessen mit Füßen zu treten. Wer bildet aber die Grundmauer zu einem Geschäft? Das Kapital läge brach und hätte gar keinen Wert, würde es nicht erst durch unser höchstes Gut, die Arbeitskraft, wertbringend gemacht. Aus welchen Mitteln decken die Firmeneinhaber ihre Geschäftskosten und ihr Einkommen? Auf welche Art und Weise werden sie in die angenehme Lage versetzt, am Jahresluß die Verteilung hoher Dividenden vornehmen zu können? Das ist ihnen nur möglich durch die fleißige Tätigkeit der Arbeiter, denen man nur einen Bruchteil von dem gibt, was sie durch ihre Arbeitskraft geschaffen haben, während man den Mehrwert aus dem Erlös der fertigen Ware in die eigene Tasche steckt!

Durch unser Einverständnis mit dem Abschlagslohn leisten wir diesem Mehrwerthung, dieser Gier nach Ausbeutung nur Vorschub. Deshalb müssen wir es als unsere Pflicht betrachten, dieses verwerfliche System des Abschlagslohnes ein für allemal anzurotten. Das wäre eine Tat, die der gesamten Kollegenschaft nur zum Vorteil gereichen würde.

Aus den Sektionen.

Borsdorf (Wachstuchdrucker). Am 19. Januar tagte unsere leider sehr schwach besuchte Monatsversammlung. Der Vorsitzende erstattete zunächst den Geschäftsbericht. Er streifte kurz die Entwicklung und Tätigkeit seit Bestehen unserer Filiale und sprach der Gesamtverwaltung für die erledigten Arbeiten seinen Dank aus. Der Mitgliederbestand hatte keine wesentliche Aenderung erfahren; bei der Gründung unserer Zahlstelle im September 1907 zählte sie 21 und am Schluß des Jahres 1908 24 Mitglieder. Außer diesen Kollegen sind im hiesigen Betriebe noch 20 Drucker beschäftigt, von denen 13 dem Fabrikarbeiterverbande angehören, während die übrigen nicht organisiert sind. Es wäre nun wirklich Zeit, daß sich die 13 Kollegen einmal ernstlich mit der Ausschlußfrage beschäftigten, um nicht als die Letzten zu gelten. Unsere Versammlungen finden regelmäßig jeden Dienstag nach dem 15. des Monats statt; sie werden auch im Wochenzettel bekanntgegeben. Hoffen wir also, daß in Zukunft die Versammlungen regelmäßiger besucht werden. — Nach der Erstattung des Kassenberichtes, Entlastung des Kassierers und Vorstandsneuwahl wurde die Versammlung geschlossen.

Coswig i. S. Am 23. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Anwesend waren 17 Tapetenrucker und 15 Formstecher. Nach dem Kassenbericht vom 4. Quartal wurde vom Kartelldelegierten über den Anschluß des Meißener Gewerkschaftskartells an den Zentralarbeitsnachweis in Dresden berichtet. Aus der kurzen Vereinsstatistik ging hervor, daß im vergangenen Jahr 8 Vorstandssitzungen und 12 Monatsversammlungen, einschließlich einer Agitationsversammlung in Meißen, stattgefunden haben. Der Versammlungsbesuch betrug rund 83 Prozent. Bei den Neuwahlen des Gesamtvorstandes wurde dessen Verstärkung von fünf auf sieben Mitglieder beschlossen. Es wurden

4 Drucker und 3 Formstecher gewählt. Zum Schluß machte Kollege Knötzsch bekannt, daß die frühere Radebeuler Zahlstelle der Formstecher eine Bibliothek besitzt. Er empfiehlt den Kollegen deren fleißige Inanspruchnahme, behielt sich aber das Eigentumsrecht für die Formstecher vor.



Feuilleton.

Die Weltanschauung des „dritten Reiches“.

Ibsen, der große Philosoph der Menschheits-erziehung, läßt in seinem »Kaiser und Galiläer«, als der römische Kaiser Julian die heidnische Weltanschauung preisgibt und verzweifelt mit den Worten stirbt: »Galiläer, du hast gesiegt!«, den Seher Maximus ausrufen: »Aber das dritte Reich wird kommen und der Menschengeist sein Erbe wiederfordern!«

Was unter diesem dritten Reich zu verstehen ist, wird uns klar, wenn wir wissen, daß Ibsen die heidnische Zeit als das Kindheitsalter und die christliche Zeit als das Jünglingsalter des menschlichen Geistes betrachtet. Aus diesen beiden entwickelt sich nun das dritte Reich: Das Reich des »männlich gewordenen Menschengeistes«.

Wie unterscheidet sich nun dieses Reich von den beiden vorhergehenden?

Vergegenwärtigen wir uns, was Schiller in seinem prosaischen Aufsatz: »Etwas über die erste Menschengesellschaft nach dem Leifaden der mosaïschen Urkunde« über das Ziel der Menschheitsentwicklung sagt. Er betrachtet die mosaïsche Schöpfungsgeschichte als eine schöne Sage, welche insofern Recht hat, als nach ihr die Menschheit im Anfang in einem Paradiese lebte. Aber es war das »Paradies der Unwissenheit, des Instinktes, der Tierheit«. Die Menschheit befand sich in Wirklichkeit in einer unglücklichen Lage, aber sie wurde sich dessen nicht bewußt und war deshalb glücklich.

In dem Moment aber, als sie vom Baume der Erkenntnis gegessen hatte, kam sie zum Bewußtsein dieser unglücklichen Lage und war nun wirklich unglücklich. Insofern nun die Menschheit das erste Paradies, das Paradies der Unwissenheit, des Unbewußtseins verlor, war es, wie die mosaïsche Urkunde sagt, allerdings ein »Fall« — ein »Sündenfall« — der Menschheit. Insofern sie aber dadurch auf den Weg zum Paradies der Erkenntnis und der Freiheit gestellt wurde, war es der mächtigste Schritt nach vorwärts, den sie je tun konnte. — Was könnte nun das »Reich des mannigewordenen Menschengeistes« anders sein als das Reich der Erkenntnis und der Freiheit? —

Wir sehen hier, wie weitschauende Geister in der Vorausempfindung der Wahrheit übereinstimmen. Die moderne Wissenschaft lehrt uns, daß die Menschheit sich aus dem Tierreich entwickelte, daß der erste Gedanke über sich selbst und ihre Umgebung sie unglücklich machte. Furcht und Schrecken vor den Naturgewalten, die sie sich nicht erklären konnten und gegenüber denen sie ohnmächtig waren, beherrschte den Sinn der ersten Menschen. Sie sahen in diesen Naturgewalten persönliche Wesen, wie sie selbst, welche Gewalt über sie hatten und ihnen nach Willkür Böses oder Gutes zufügen konnten.

Sie versuchten nun in kindlicher Nalvität diese »Götter« durch Gebete und Opfer sich günstig zu stimmen. Nachher ging ein kindlich-fröhliches Behagen an den materiell-sinnlichen Freuden des Seins. Solange dieser Geist die Menschheit beherrschte, befand sie sich im Kindheitsalter. Seine höchste Blüte erreicht dasselbe bei den Griechen und Römern. Hier ist der Götterglaube und das Prinzip des sinnlich heiteren Lebensgenusses am vollkommensten entwickelt. Damit schließt aber auch das erste Reich des Menschengeistes ab.

Das zweite Reich ist das der buddhistisch-christlichen Askese, der Verneinung des irdisch-körperlichen Seins. »Mein Reich ist nicht von dieser Welt« ist die Lehre jener Zeit. Wie der Jüngling in schwärmerischer Begeisterung über sich hinauszugreifen sucht und den sicheren Boden unter den Füßen verliert, so jetzt der Menschengeist. Er wendet sich ab von der sinnlich-naiven Götterwelt der Orakeln und Römer, deren Heim irdischen Ursprungs ist. Sein Gott wird zum »Geist«, der im »Himmel« wohnt. Das körperlich-physische Sein ist nunmehr Mittel zum Zweck der Läuterung des Geistes. Damit der Geist *zwig* lebe, »muß der Körper abgetötet werden. Die größte Sünde aber ist die Sünde wider den »heiligen Geist«. Die eigentliche Heimat des Menschen ist jetzt das »Jenseits«, das »Himmelreich«. Alles, was zur Erhaltung des irdischen Seins dient, wird verworfen. »Sorget nicht für den morgigen Tag, was werden wir essen,

was werden wir trinken, womit werden wir uns kleiden? Nach allem solchen trachten die Heiden!

Bei solchen Lehren und Anschauungen war es nur zu natürlich, daß ihre Anhänger mit heiterer Ruhe für ihre Ueberzeugung in den Tod gingen. Ja, man strebte förmlich danach, den Märtyrertod zu erleiden.kehrte man doch dadurch am sichersten in das »Himmelreich« ein. Hierdurch wurde nicht wenig zur schnellen Ausbreitung dieser Lehren beigetragen.

Aber die ausschließliche Betonung des Reingeistigen führte schließlich ebenso zur Entartung, wie früher bei den Griechen und Römern die allzu starke Betonung des Rein-Sinnlichen. Wie das gesunde, sinnlich-natürliche Empfinden des Heidentums in die wildesten Bacchanalien des sinnlichen Triebens ausartete und die herrliche Kultur jener Zeit schließlich im raffiniertesten Sinnesgenuß zugrunde ging, so führt jetzt das andere Extrem, die Herrschaft des Geistes, zur furchtbaren Verirrung, der Askese und fanatischen Verfolgung alles dessen, was Fleisch, Blut und Leben ist. Je mehr der einzelne Mensch den Körper vernachlässigte, desto geachteter war er. Leute, die sich nie wuschen, wurden zu Heiligen erklärt. Die herrlichsten Kunstwerke der Heidenzeit wurden vernichtet, Bäder und Bibliotheken zertrümmert und verbrannt. So bedeutet der von fanatischen Christen Händen gelegte Brand der Alexandrinischen Bibliothek einen unersetzlichen Verlust für die gesamte Kulturwelt. Denn jene Bibliothek enthielt, in Originaltafeln und Rollen aufgespeichert, die Erfahrungen und das Wissen fast aller vorhergegangenen Kulturvölker.

Als weiteres Beispiel möge Spanien dienen. Hier hatte die arabisch-mohamedanische Kulturperiode das Land in einen blühenden Garten umgewandelt. Wissenschaft und Kunst waren hoch entwickelt. Der Reichtum des Landes schien unerschöpflich. Mit dem Hereinbrechen der christlichen Herrschaft wird das alles in einen Trümmerhaufen verwandelt. Aber auch in ganz Europa lodern die Scheiterhaufen auf, den Tod all jenen bringend, welche gegen die furchtbare Verirrung und Entartung ankämpften. Die Erde war wirklich zu einem »Jammertal« geworden. Die christliche Kirche lehrte nun: Die Menschheit müßte das Leid dieses Jammertals geduldig und ohne Murren ertragen, denn nur die »Gnade« des »Erlösers« könnte sie daraus befreien! Dieses Gnadenprinzip war aber das verderblichste und korrumpierendste für die ganze Kulturentwicklung. Es hat aus den Menschen jene knechtlichen unwürdigen Wesen geschaffen, die in stupidem Fatalismus auf jedes menschenwürdige Sein verzichten und Schmach und Elend in demütiger Kraflosigkeit über sich ergehen lassen. Jetzt wird es hohe Zeit, daß sich der Menschengeist auf seine Männlichkeit besinnt, soll nicht die nordische Kulturentwicklung ebenfalls an dem toten Punkte ankommen, bei dem die indisch-buddhistische stehen geblieben war: bei der Verneinung alles Seins, die durch die Lehre ausgedrückt wird: »Die höchste Seligkeit ist das Aufgehen in Nichts!«

Da ist es nun die fortschreitende Naturerkenntnis, die den Menschen höher führt. Die Wissenschaft, vor allem die Astronomie, durchbricht die Schranken des Dogmatischer kirchlichen Weltanschauung. Die Lehre des *Kopernikus*, das nicht die Sonne sich um die Erde dreht, sondern umgekehrt die Erde um die Sonne, erschüttert die bisherige Weltanschauung auf das heftigste. Die Erde war aus dem Mittelpunkt des Alls herausgeschleudert, der Mensch nicht mehr der Zweck dieser Welt, um den sich alles dreht. — Der Philosoph *Giordano Bruno* lehrte die Unendlichkeit des Alls mit Gott im Innern. Das Nichts, welches die indisch-buddhistische Weltanschauung preist, existiert für ihn nicht mehr. Das unendliche All aber ist nicht geschaffen worden, sondern besteht seit Ewigkeit in fortwährendem Wechsel seiner Erscheinungsformen. Das ist das ewige Leben! Der Philosoph *Spinoza*, der, um unabhängig zu bleiben, sein Leben als armer Glaskleber fristet, entwickelt diese Lehren weiter und bringt sie in ein klares grandioses System. Er stellt die Welt als Einheit dar und wird damit der wissenschaftliche Begründer der monistischen Weltanschauung. Nach ihm gibt es nur eine ewige unendliche Substanz mit unzähligen »Attributen«, von denen wir nur zwei: die Ausdehnung und das Denken

oder das Körperliche und das Geistige kennen. Die beseelte Substanz, deren Wesen wir nicht erkennen, enthält alle Erscheinungsmöglichkeiten in sich, die sich in ewigem Wechsel gegenseitig auslösen. Aber alle Erscheinungsformen stehen im Kausalzusammenhang, d. h. unter dem Gesetz von Ursache und Wirkung.

Hierher gehören auch die Taten der einzelnen Menschen, deren Ursachen außerhalb des Machtbereichs des Täters liegen. Deshalb ist sein ethischer Grundsatz: »Verurteilt nie, ohne zu begreifen«, damit das Prinzip der höchsten Gerechtigkeit proklamierend.

Durch die Lehre *Spinozas* verlor der Wunderglaube und die Lehre vom Jenseits jeden Halt. Allein sie stand so hoch über dem Niveau der allgemeinen Kulturentwicklung (zeigt sie doch schon den Mittelpunkt menschlicher Erkenntnis), daß sie nur von sehr wenigen Zeitgenossen verstanden wurde. Die exakten Erfahrungswissenschaften mußten erst noch größere Fortschritte machen, um die Wahrheit, die *Spinoza* mit geistigem Auge vorgeschaut hatte, durch unumstößliche Tatsachen weiteren Kreisen verständlich zu machen. Daran liegt es auch, daß nach *Spinoza* immer noch Philosophen auftraten, die da lehrten, die Welt sei vom Schöpfer nach vorgefaßtem Plane geschaffen worden, die also immer noch auf dem Boden der idealistischen Weltanschauung standen.

Da war es nun vor allem die *Kant-Laplace'sche* Theorie von der Entstehung der Weltkörper, die weiteres Licht verbreitete. Durch die Lehre, daß sich die Weltkörper zufolge bestimmter Naturgesetze aus den Gasnebeln des Weltalls von selbst entwickeln müssen, kam der »Schöpfer« immer mehr ins Hintertreffen. Auf die Entstehung und Entwicklung der Lebewesen auf diesen Weltkörpern wurde nun auf natürliche Ursachen zurückgeführt, und wenn man auch den Ursprung des Lebens nicht kannte, so führte doch nun Darwin den Nachweis, daß das mannigfaltige Leben auf unserem Erdball aus einigen wenigen Urformen entsprungen ist.

All diese Erkenntnisse führten schließlich zur materialistischen Weltanschauung, deren vornehmster Vertreter der noch lebende Naturforscher *Ernst Haeckel* ist. Durch seine Lehre: »Die Materie bringt das Geistige hervor« entfesselte er einen Sturm unter den Anhängern der idealistischen Weltanschauung, und noch heute wogt der Kampf zwischen diesen beiden, sich diametral gegenüberstehenden Weltauffassungen hin und her.

Da ist es nun die Philosophie *Spinozas*, die uns den Weg zur Klarheit zeigt. Es lehrt, daß das Körperliche und Geistige nur zwei verschiedene Erscheinungsformen ein und derselben »Substanz« darstellen. Was die »Substanz« an sich ist, können wir nicht erkennen, das deckt sich mit der Lehre *Kants*, daß wir »das Ding an sich« nicht erkennen können. Wenn wir nun weitergehen und die neueren Ergebnisse der chemischen und physikalischen Forschung, die ständige Wechselwirkung zwischen Geistigem und Körperlichem, zwischen Kraft und Stoff uns vergegenwärtigen, so dürften wir zur richtigen Auffassung gelangen, wenn wir das Geistige und Körperliche als die beiden Pole der Substanz betrachten, die sich gegenseitig zu überwinden suchen. Da aber diese beiden Pole gleich stark, weil unendlich, wie die Substanz »an sich« sind, so kann es nie zu entgültiger Ueberwindung des einen durch den anderen kommen, sondern es ist nur ein ewiger Kampf bedingt, der sich ausdrückt im ständigen Wechsel der Erscheinungsformen der Substanz. Das aber ist das »ewige Leben!«

Wir können nun zwei Kategorien der Erscheinungsformen unterscheiden. Entweder erscheint uns die Substanz in freiem Zustande als Kraft oder im gebundenen als Stoff. Körperliches und Geistiges ist nur die andere Bezeichnung dafür, wenn wir diesen Unterschied auf die Lebewesen anwenden. Das wunderbare Ringen der beiden Pole innerhalb der Substanz besteht nun darin, daß die freie Substanz die gebundene ebenfalls freizumachen und umgekehrt: die gebundene die freie zu binden sucht. Zuzufolge dieses Ringens wird sich, je nachdem, welcher Pol in einem Teile der Substanz die Oberhand gewinnt, dieser Teil entweder in Lösung (Verbrennung) oder in Bindung (Kristallisation) befinden.

Dieser fortwährende Wechsel zwischen Verbrennen und Kristallisieren wird also in der unendlichen Substanz ein ewiger sein, weil die beiden Pole gleichstark sind, ebenzufolge der Unendlichkeit der Substanz. Wo aber in einem endlichen Teile Substanz die beiden Pole gleich stark auftreten, dort entstehen die zeitlichen Lebewesen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß die Lebewesen auf unserer Erde sich entwickelten, als Verbrennungsprozess und der Kristallisationsprozess der irdischen Substanz sich die Wage hielt. Allein diese zeitlichen Reproduktionen des »ewigen Lebens« hätten bei den fortschreitenden Kristallisationsprozess der Erde sehr schnell zugrunde gehen müssen, wenn nicht die freigewordenen Substanzmassen der Sonne sich mit den in Bindung begriffenen der Erde vereinigt und so das Gleichgewicht der beiden Pole immer wieder hergestellt hätten.

Die Entstehung und Entwicklung der Lebewesen ist also nichts anderes als die Folge des fortwährenden Ringens der beiden Pole um die Herrschaft in einem Teile der Substanz. Die Dauer dieses Kampfes ist also Leben! Der Tod tritt ein, wenn einer der beiden Pole die Oberhand gewinnt, also durch die überhandnehmende Verbrennung oder Kristallisation. Beim Menschen z. B. tritt ersteres im Fieberzustand, das zweite bei zunehmendem Alter ein. Wenn wir nun auf dem angegebenen Wege uns über das innere Wesen des Lebensprozesses klar geworden sind, so wird es uns ein leichtes, auch für das Leben des Menschen die Richtschnur zu finden. Es wird sich vor allem darum handeln, das Gleichgewicht der beiden Pole solange als möglich aufrecht zu erhalten. Wie die Sonne fortwährend aus dem umgebenden Weltraum ungeheure Massen gebundener Substanz an sich heranzieht, welche in ihrem Verbrennungsprozess frei werden, damit zugleich das Gleichgewicht der beiden Prozesse immer wieder herstellend, so muß auch dem Menschen vor allem die Möglichkeit gegeben sein, durch genügende zweckentsprechende Ernährung des Verbrennungsprozesses das Ueberhandnehmen des Kristallisationsprozesses zu verhindern. Wie ferner die Sonne die in der Verbrennung freigewordenen Substanzmassen ausstrahlt, überträgt, so muß auch der Mensch die freigewordenen »Kräfte« ungehindert ausstrahlen, übertragen können.

(Schluß folgt.)

Eingänge.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft 10 Pf.

In der uns vorliegenden No. 2 werden der Roman »Kantilworth« von Walter Scott und die Erzählung »Die Kummerjahre« von Frau S. A. Sawinkowa fortgesetzt. Die Zeitschrift sollte in keine Arbeiterfamilie, der an einer guten Unterhaltungslektüre gelegen ist, fehlen.

Los von der Kirche! Eine durch drei Ordnungsrufer und Wortentziehung unterbrochene, aber im »Feenpalast« zu Berlin vollendete *Landtagsrede* mit Einfügung der durch den Präsidenten Herrmann v. Kröcher verhinderten Ergänzungen und einem Anhang über alle Austrittsformalitäten von *Adolf Hoffmann*. 2. Aufl. A. Hoffmanns Verlag, Berlin O. 27. Blumenstr. 22, 52 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Die frische Schrift wird allen Dunkelmännern ein Oueul sein. Jeder Freund des Fortschritts und der Aufklärung wird sie aber mit großem Interesse lesen. Das ungemein reichhaltige Material, das der Verfasser zusammenstellte und verarbeitete, muß jeden Leser zum Denken anregen, womit die Schrift ihren Hauptzweck erfüllt haben würde.

Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe. Herausgeber: Albert Knab; Redakteur: Carl Matthies; Verlag: Carl Flemming, Berlin W. 50. und Glogau. 7. Jahrgang, Heft 4; Januar 1906.

Die Nummer enthält das von Max Liebermann geschaffene Alphabet-Initialen. Skizzenhaft, regelmäßig sind die Buchstaben, aber charaktervoll! Jedes Bildchen ist ein echter Liebermann. Die prächtige Wirkung der Initialen wird durch ihre Anwendung in verschiedenen praktischen Arbeiten veranschaulicht. Von den Beilagen des Heftes sind die beiden wirkungsvollen Plakate von Chailier und die Etiketten von Buchs beachtenswert.

■ ■ Stellengesuche ■ ■
1. Junger tüchtiger Auto- und Strich-
Photograph,
(speziell Auto in Emulsion) sucht
sofortige Stellung. Offerten erbitten unter
Christ. Krüger, Düsseldorf,
Talstr. 85/1. b. Unewald. [1,20]

■ ■ Stellenangebote ■ ■
Tüchtige
Maschinen-Retuscheure
zum sofortigen Antritt gesucht.
J. G. Schelter & Gliesecke, Leipzig,
Brüderstr. 26/28. [2,10]
Reproduktions-Anstalt.

Zum sofortigen Antritt gesucht, in dauernde Stellung
Positiv-Retuscheur, Reprod.-Photograph,
1. Kraft, der auch im Zeichnen Vor- durchaus selbständig u. sicher arbeitend-
zügliches leistet. in Nass u. Emulsion für Auto u. Strich-
der im Strichätzen gut bewandert ist, bel gutem Gehalt. **Karl Kind Jr., Bielefeld.**
Kopist,
Chiffre-Inserate finden auch unter der Rubrik Stellengesuche
im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr.
Die Expedition.